



31a

V 6458 E

# STATISTISCHE MONATSHEFTE

## SCHLESWIG - HOLSTEIN

23. Jahrgang · Heft 8

August 1971

Grafik des Monats: Strukturdaten für die Kreise

- Aufsätze:
- Abiturienten
  - Wahlverhalten 1971
  - Alten- und Pflegeheime
  - Boden- und Kommunalkredite
  - Viehwirtschaft

Kurzberichte: Anbau und Ernteaussichten

Statistisches Amt für Hamburg  
und Schleswig-Holstein  
Bibliothek  
Standort Kiel

### BEITRÄGE ZUM BRUTTOINLANDSPRODUKT



Herausgegeben vom

STATISTISCHEN LANDESAMT SCHLESWIG-HOLSTEIN

# DIE KONJUNKTUR IN SCHLESWIG-HOLSTEIN

		1969/70	1970/71	Veränderung in %	
		Monatsdurchschnitt Januar bis Mai <sup>1</sup>			
<b>INDUSTRIE<sup>2</sup></b>					
Produktionsindex	1962 = 100	163	175	+	7
Beschäftigte	1 000	190	191	+	1
Umsatz <sup>3</sup>	Mill. DM	993	1 117	+	12
Geleistete Arbeiterstunden	Mill. Std.	24	24	-	1
<b>BAUWIRTSCHAFT UND BAUTÄTIGKEIT</b>					
Geleistete Arbeitsstunden	Mill. Std.	6,3	7,5	+	19
Zum Bau genehmigte Wohnungen	Anzahl	2 029	2 540	+	25
<b>HANDEL</b>					
Ausfuhr	Mill. DM	176,0	188,5	+	7
Ausfuhr ohne Schiffe	Mill. DM	157,0	164,8	+	5
<b>VERKEHR</b>					
Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	8 172	8 844	+	8
<b>PREISINDEXZIFFERN (Bundesgebiet)</b>					
Einkaufspreise für Auslandsgüter <sup>4</sup>	1962 = 100	108,2	109,0	+	1
Grundstoffpreise <sup>4</sup>	1962 = 100	104,9	104,8	-	0
Erzeugerpreise					
industrieller Produkte <sup>4</sup>	1962 = 100	106,5	110,7	+	4
landwirtschaftlicher Produkte <sup>4</sup>	1961/63 = 100	105,9	97,1	-	8
Lebenshaltung <sup>5</sup>					
insgesamt	1962 = 100	122,9	128,4	+	4
Nahrungs- und Genußmittel	1962 = 100	117,3	121,0	+	3
<b>GELD UND KREDIT</b>					
Bestand am Monatsende					
kurzfristige Kredite <sup>6</sup>	Mill. DM	3 126	3 567	+	14
mittel- und langfristige Kredite <sup>7</sup>	Mill. DM	11 938	13 182	+	10
Spareinlagen	Mill. DM	5 366	5 894	+	10
<b>STEUERAUFKOMMEN</b>					
Umsatzsteuer/Mehrwertsteuer <sup>8</sup>	Mill. DM	67	78	+	16
Landessteuern <sup>9</sup>	Mill. DM	116	164	+	42
Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	26	29	+	9
Lohnsteuer	Mill. DM	75	99	+	31

1) bei "Geld und Kredit": Dezember bis April 2) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne Bauindustrie und ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke 3) ohne Umsatz in Handelsware, ohne Erlöse aus Nebengeschäften und ohne Umsatzsteuer 4) ohne Umsatz(Mehrwert)steuer 5) 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalt mit mittlerem Einkommen des alleinverdienenden Haushaltsvorstandes; Lebenshaltungsausgaben von rund 750 DM monatlich nach Verbrauchsverhältnissen von 1962 6) an die Nichtbankenkundschaft 7) an die Nichtbankenkundschaft; einschließlich durchlaufender Kredite 8) einschließlich Einfuhrumsatzsteuer 9) einschließlich Landesanteil an den Einkommensteuern, ab 1970 auch an den Umsatzsteuern und Zerlegungsanteil an der Lohn- und Körperschaftsteuer

INHALT 8/71

	Seite
Aktuelle Auslese . . . . .	137
Aus dem Inhalt . . . . .	138
Aufsätze	
Abiturienten 1971 . . . . .	139—142
Wahlverhalten nach Alter und Geschlecht . . . . .	143—146
— Landtagswahl 1971 —	
Alten- und Pflegeheime . . . . .	146—152
Die Boden- und Kommunalkreditinstitute in Schleswig-Holstein und im Bund im Jahre 1970 . . . . .	152—156
Zur Viehwirtschaft 1970 und den Aussich- ten für 1971 . . . . .	156—159
Kurzberichte	
Anbau und Ernteaussichten 1971 . . . . .	159—160
Grafik des Monats . . . . .	148—149
Tabellenteil . . . . .	Beilage
Wirtschaftskurven B (Industrie) . . . . .	3. Umschlagseite

Beachten Sie bitte die Inhaltsübersichten  
auf den übrigen Seiten dieser Einlage!

## Inhalt der letzten 5 Hefte nach Monaten

### Heft 2/1971

Betriebsgrößen Landwirtschaft  
Getreide- und Ölfruchternte 1970  
Wohnungen nach Gemeindegrößenklassen  
Wohngeld 1969 und 1970  
Industrie 1970  
Versorgungsempfänger

### Heft 3/1971

Urlaub in Schleswig-Holstein  
Unfälle mit Todesfolge  
Handelsdünger  
Investitionen Handwerk 1967  
Gemeindefinanzreform 1970

### Heft 4/1971

Geburtenrückgang  
Lohnsteuer 1968  
Nord-Ostsee-Kanal  
Binnenschifffahrt 1968  
Vermögensmillionäre 1969

### Heft 5/6 — 1971

Sicherheit der Bundesstraßen  
Landtagswahl 1971  
Soziale Herkunft der Schüler

### Heft 7/1971

Bevölkerungsvorausschätzung (Teil 1)  
Landtagswahl 1971 regional  
Fremdenverkehr (Teil 1)  
Wohnverhältnisse und Alter



# STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG - HOLSTEIN

23. Jahrgang · Heft 8

August 1971

## Aktuelle Auslese



### Budgets privater Haushalte 1970

Von den 2-Personen-Haushalten von Renten- und Sozialhilfeempfängern mit einem Einkommen von unter 600 DM sind 1970, wie aus den Ergebnissen der laufenden Wirtschaftsrechnungen für die Bundesrepublik hervorgeht, 92 % für den privaten Verbrauch, 3 % für sonstige Ausgaben (z. B. Beiträge, Geldgeschenke) und 5 % für Rücklagen aufgewendet worden. Bei den 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalten mit einem mittleren Einkommen des Haushaltsvorstandes als Hauptverdiener (monatliche Bruttobezüge von 950 bis unter 1 450 DM) belief sich das Verhältnis zwischen Verbrauchsausgaben, sonstigen Ausgaben und Rücklagen auf 87:6:8 und bei denen mit höherem Einkommen (1 950 DM bis 2 600 DM) auf 79:8:13.

Der Anteil der Nahrungsmittel an den Gesamtaufwendungen für den privaten Verbrauch war – einem langfristigen Trend entsprechend – bei allen drei Haushaltstypen weiterhin rückläufig. Der Anteil für Wohnungsmieten blieb gegenüber 1969 nahezu unverändert, während die Anteile der Aufwendungen für Verkehr und Nachrichtenübermittlung, Bildung und Unterhaltung sowie für persönliche Ausstattung zunahmen.



### Mehr Mähdruschfrüchte – weniger Hackfrüchte

Die schleswig-holsteinische Landwirtschaft bewirtschaftet in diesem Jahr etwa 642 000 ha Ackerland. Davon nimmt der Getreidebau mit 418 500 ha die größte Fläche ein. Die Getreidefläche vergrößerte sich um 8 700 ha und die Winterrapsfläche mit 48 600 ha um 2 400 ha gegenüber dem Vorjahr. Dagegen wurden um 4 300 ha weniger Hackfrüchte – vor allem Kartoffeln und Kohlrüben – angebaut.



### Industrieumsätze im 1. Halbjahr 1971: + 12 %

In der ersten Hälfte des Jahres 1971 wurden in der schleswig-holsteinischen Industrie im Durchschnitt 190 578 Personen beschäftigt. Das sind knapp 1 000 Erwerbstätige (+ 0,5 %) mehr als zur gleichen Zeit des Vorjahres. Während die Zahl der Arbeiter leicht zurückging (– 0,4 %), stieg die der Angestellten und Inhaber zusammen um 1 477 oder 3,2 %.

Die Umsätze erreichten ein um 12 % größeres Volumen als im ersten Halbjahr 1970. Der Zuwachs ist allein auf den Inlandsumsatz zurückzuführen, der sich um 14,4 % ausweitete. Die Exporte waren um 0,5 % niedriger.

Die Bruttosumme der Löhne und Gehälter war mit 1,4 Mrd. DM um fast 15 % höher als zur gleichen Zeit des Vorjahres.



### Mehr Gemeindesteuern im 1. Halbjahr 1971

Die Gemeindefinanzreform hat die Gemeindekassen im 1. Halbjahr 1971 direkt und indirekt kräftig gefüllt. Direkt durch die Abrechnung für das Jahr 1970, die Anfang dieses Jahres ausgezahlt wurde und der kein entsprechender Posten im 1. Halbjahr 1970 gegenübersteht, und indirekt durch die verstärkte Eintreibung der Gewerbesteuer Ende 1969, die einen Rückgang Anfang 1970 zur Folge hatte, jetzt aber wieder "normal" eingeht. Diese Mehreinnahmen sind also mehr kassentechnisch als wirtschaftlich bedingt.

Insgesamt nahmen die schleswig-holsteinischen Gemeinden im 1. Halbjahr 1971 330 Mill. DM ein, das sind fast drei Zehntel mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Die Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital belief sich auf 161 Mill. DM (+ 16,7 %) und der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer auf 134 Mill. DM.

# Aus dem Inhalt

## Abiturienten

Seite 139

Alle Schüler, die 1971 ihr Abitur zu machen beabsichtigten, wurden einheitlich im Bundesgebiet nach ihren Studienplänen befragt. Von den 3 520 Oberprimanern, die in Schleswig-Holstein wohnen und Angaben gemacht haben, wollten 83 % studieren, 9 % schwankten noch und 8 % wollten es nicht. Zwei Drittel streben an eine Universität (unter den Jungen 71 %, unter den Mädchen nur 59 %), 17 % an eine Pädagogische Hochschule (9 % und 29 %). Beliebtestes Studienfach ist Mathematik, die von 8 % genannt wurde (alle Hochschularten zusammen), ferner Anglistik und Germanistik. An den Universitäten allein steht Medizin an der Spitze. Zwischen der Art des besuchten Gymnasiums und dem Studienfach besteht ein Zusammenhang. 58 % der Mädchen mit Studienabsicht wollen Lehrerin werden, von den Jungen nur 29 %, im Mittel 41 %. Künftig sollen die jetzigen Abiturienten auch als Studenten statistisch weiter beobachtet werden.

## Wahlverhalten 1971

Seite 143

Ein repräsentativer Querschnitt von 72 500 Wählern in 92 Stimmbezirken wurde, wie auch schon bei den früheren Wahlen, nach den Merkmalen Geschlecht und Alter in Verbindung mit der gewählten Partei aufbereitet. Mehr als jeder Dritte der 18- bis 25jährigen ging nicht zur Wahl. Das Wahlinteresse steigt dann bis zu den 60- bis 70jährigen an. Die Frauen bevorzugen nach wie vor die CDU, und bei dieser Wahl noch stärker als bisher: 543 von 1 000 Frauenstimmen gingen an die CDU, 394 an die SPD. Für die Männer lauten diese beiden Zahlen 482 und 436. Für beide Geschlechter zusammen zeigt sich, daß die SPD nur bei den 18- bis 25jährigen Wählern vorn liegt (503 von 1 000), sonst immer weniger Stimmen erhielt als die CDU.

## Alten- und Pflegeheime

Seite 146

Wie viele Heimplätze wünschenswert wären, läßt sich schlecht angeben, weil der Bedarf in vielen Fällen sehr elastisch ist und weil die Nachfrage vom Preis und von den Einkommen mit abhängt. Statistische Vergleiche werden anhand der Heimplätze je 100 Einwohner über 65 Jahren gezogen. Die Zahl der zur Verfügung stehenden Heimplätze hat sich von 1962 bis 1970 von 10 300 auf 14 600 erhöht. Die Versorgungsquote stieg dadurch von 3,3 % auf 4,0 %. Bei Fortdauern der Verhältnisse der letzten Jahre wird die Quote weiter steigen. Überlegungen über die Notwendigkeit oder Entbehrlichkeit weiterer Heime sollten jedoch nicht so sehr auf eine irgendwie berechnete scheinbar genaue Quote gestützt werden, solange der gewichtigere Faktor ungewiß ist, wie sich die Einstellung der alten Menschen, den dritten Lebensabschnitt in einem Heim zu verbringen, künftig entwickeln wird.

## Boden- und Kommunalkredite

Seite 152

Die Zinssätze sind in Deutschland niemals vorher so hoch gewesen wie 1970. Die Kurse der festverzinslichen Wertpapiere sanken infolgedessen. Trotz der hohen Zinsen war der Erstsatz von Schuldverschreibungen mit 517 Mill. DM 1970 größer als je zuvor. Der Umlauf an deckungspflichtigen Schuldverschreibungen, die von den emissionsberechtigten Instituten herausgegeben worden sind, hat sich auf 3,1 Mrd. DM erhöht. Im Bundesgebiet ist die Verschuldung der Realkreditinstitute erheblich größer als in Schleswig-Holstein. Im Erstsatz treten im Bundesgebiet noch stärker als im Land die Kommunalobligationen hervor. Der Bestand an Ausleihungen betrug in Schleswig-Holstein fast 5 Mrd. DM, von denen 16 % durchlaufende Mittel waren ("Treuhandgeschäft"). Neben den "sonstigen Darlehen" (17 %) sind die Kommunaldarlehen (23 %), Hypotheken auf Wohngrundstücken (22 %) und Schiffshypotheken (21 %) etwa gleich stark am Aktivgeschäft beteiligt.

## Viehwirtschaft

Seite 156

Auch 1970 konnten wieder erhebliche strukturelle Veränderungen beobachtet werden, hauptsächlich insofern, als die Haltungen wieder größer und weniger geworden sind. Die Rinderhaltung ist durch einen Rückgang der Milchkuhbestände gekennzeichnet, der mit den staatlichen Abschichtprämien zusammenhängt. Die Schweinebestände wurden 1970 erheblich aufgestockt, die Gesamtzahl lag um 7 % über dem Vorjahresbestand. Pferde gab es trotz weiter sinkender Zahl von Haltern wieder 8 % mehr als im Dezember 1969. Die Bestände an Legehennen, Junghennen und Küken wurden infolge sehr niedriger Eierpreise drastisch reduziert, die an Masthühnern dagegen um fast 50 % vermehrt. Die Menge der erzeugten Milch ging um 3 % leicht zurück, ebenso die durchschnittliche Jahresmilchleistung je Kuh. Der Trend zu mehr Schlachtungen im Lande anstelle von Lebendviehversand hielt an.

## Anbau und Ernteaussichten

Seite 159

Die ersten repräsentativen Ergebnisse der amtlichen Anbau- und Ertragsstatistiken zeigen, daß der Getreideanbau um 2 % und der Rapsanbau um 6 % zugenommen haben, wogegen die Hackfruchtfläche 1971 um 7 % gegenüber dem Vorjahr eingeschränkt wurde. Nach den ersten Vorschätzungen der Ernteberichterstattung ist eine Getreideernte von knapp 1,6 Mill. t zu erwarten und gut 120 000 t Raps und Rüben. Im einzelnen blieb die Winterweizenfläche gleich, stieg jedoch die Sommerweizenfläche um 36 %. Auch Winterroggen wurde auf einer 12 % größeren Fläche angebaut, ebenso wuchs die Wintergerstenfläche um 12 %, während die mit Sommergerste um 16 % schrumpfte. Mittelfrühe und späte Kartoffeln wurden in der Anbaufläche wieder reduziert (- 23 %), ebenso Kohlrüben (- 25 %).

# Abiturienten 1971

Jeder Abiturient, der nach bestandener Reifeprüfung studieren will, erwartet, daß er für das von ihm gewählte Fach an der von ihm bevorzugten Hochschule einen Studienplatz findet. Wenn etwas dafür getan werden soll, daß sich die Studienabsichten in der gewünschten Weise realisieren lassen, ist es erforderlich, daß die für die Planung Verantwortlichen die Vorstellungen der Studienwilligen rechtzeitig kennen. Um die für die Planung im Hochschulbereich notwendigen Unterlagen zu gewinnen, wurden daher auf Beschluß der Kultusministerkonferenz und der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung in den Bundesländern alle Angehörigen des Abiturientenjahrgangs 1971 nach einem einheitlichen Programm befragt. Diese Befragung ist inzwischen abgeschlossen, und die Ergebnisse liegen für Bund und Länder vor. In Schleswig-Holstein konnten 3 485 Abiturienten erfaßt werden. Das bedeutet, daß fast alle Oberprimaner der schleswig-holsteinischen Gymnasien<sup>1</sup> - sie sind etwa ein Vierteljahr vor dem Abitur befragt worden - den Erhebungsbogen ausgefüllt zurückgegeben haben.

Die Gymnasien Schleswig-Holsteins werden aber nicht nur von einheimischen Schülern besucht, sondern auch von Schülern, die außerhalb Schleswig-Holsteins wohnen. Diese Schüler sind in der obengenannten Abiturientenzahl enthalten. Andererseits gibt es in Schleswig-Holstein beheimatete Schüler, die in einem anderen Bundesland die Reifeprüfung ablegen; sie fehlen in der obigen Zahl. In der Abiturientenbefragung 1971 hatten im gesamten Bundesgebiet 3 520 Abiturienten angegeben, daß sie ihren ständigen Wohnsitz in Schleswig-Holstein haben. Die Ergebnisse für die schleswig-holsteinischen Abiturienten (Wohnortsprinzip) werden im vorliegenden Aufsatz kommentiert. Diese Zahl weicht nur wenig (+ 35 Abiturienten) von der Zahl der Abiturienten in schleswig-holsteinischen Gymnasien (Schulortsprinzip) ab.

Mehr als acht Zehntel der Abiturienten wollen studieren

Von den 3 520 Abiturienten des Jahrgangs 1971, die in Schleswig-Holstein zu Hause sind und in die Erhebung einbezogen werden konnten,

<sup>1</sup>) Die Erhebung erstreckte sich auch auf die Abiturienten bei der Bundeswehr und beim Ersatzdienst. Diese Abiturienten sind in dem vorliegenden Aufsatz nicht berücksichtigt.

hatten 83% die Absicht zu studieren, 9% hatten sich noch nicht für ein Studium oder für einen Beruf entschieden, und für 8% stand zum Zeitpunkt der Befragung fest, daß sie nicht studieren werden. Dabei gab es mehr studienwillige und unentschlossene Abiturienten als Abiturientinnen,

Abiturienten	davon					
	Abiturienten		männlich		weiblich	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Abiturienten						
mit Studienabsicht	2 926	83	1 668	84	1 258	82
noch unentschlossen	307	9	195	10	112	7
ohne Studienabsicht	287	8	120	6	167	11
Insgesamt	3 520	100	1 983	100	1 537	100

Die meisten Abiturienten wollen möglichst bald ihr Studium aufnehmen. Von den 2 926 studienwilligen Abiturienten beabsichtigen 2 065 (71%) bereits im Wintersemester 1971/72 zu studieren, 12% wollen dagegen erst im Wintersemester 1973/74 mit dem Studium anfangen. Der späte Studienbeginn ist vermutlich vor allem darauf zurückzuführen, daß bei einigen Studienfächern eine Praktikanten- oder Lehrzeit zwischen Abitur und Studienbeginn eingeschoben wird. Auch für Abiturienten, die zunächst den Bundeswehr- oder Ersatzdienst ableisten, verzögert sich der Studienbeginn.

Weniger als die Hälfte der studienwilligen Abiturienten will in Schleswig-Holstein studieren

Die schleswig-holsteinischen Abiturienten bevorzugen unter den Hochschulen die Universitäten, und zwar vorwiegend die in Kiel und Hamburg. Dann folgen in der Reihenfolge der Nachfrage die Pädagogischen Hochschulen in Kiel und Flensburg. Für diese vier Hochschulen haben sich zwei Drittel aller studienwilligen Abiturienten entschieden. Werden hiervon die Abiturienten, die in Hamburg studieren wollen, abgezogen, so verbleiben nur noch 43% der Abiturienten für die Hochschulen in Schleswig-Holstein. Die Schleswig-Holsteiner studieren offensichtlich auch gern an den Universitäten in Berlin und in Freiburg. Diese beiden Universitäten wurden nach der Kieler und der Hamburger Universität am häufigsten als "Wunschuniversität" genannt. Als Technische Universität kommen für die Abiturienten unseres Landes - in Schleswig-

Holstein gibt es keine Technische Universität - bevorzugt Braunschweig und Hannover in Frage.

Hochschule	Abiturienten 1971 mit Studienabsicht		
	insgesamt	männlich	weiblich
Universitäten insgesamt	1 922	1 177	745
davon			
Kiel (mit Med. Akademie Lübeck)	835	532	303
Hamburg	666	383	283
Berlin	81	50	31
Freiburg	55	28	27
Göttingen	41	28	13
Heidelberg	31	17	14
Marburg	29	16	13
München	28	22	6
Köln	25	15	10
Tübingen	21	14	7
weitere 17 Universitäten	110	72	38
Technische Hochschulen und Technische Universitäten insges.	214	183	31
davon			
Braunschweig	66	60	6
Hannover	66	58	8
Berlin	32	23	9
weitere 6 TH und TU	50	42	8
Wissenschaftliche Hochschulen mit Universitätsrang	19	12	7
Pädagogische Hochschulen insgesamt	503	143	360
davon			
Kiel	322	92	230
Flensburg	103	29	74
weitere 21 PH	78	22	56
Philosophisch-Theologische und Kirchliche Hochschulen	4	2	2
Kunst-, Musik- und Sporthochschulen	39	19	20
Fachhochschulen und Ingenieurschulen	31	13	18
Ohne Angabe und unentschieden	194	119	75
<b>Hochschulen insgesamt</b>	<b>2 926</b>	<b>1 668</b>	<b>1 258</b>

Der Anteil der Abiturientinnen, die in Schleswig-Holstein studieren wollen, ist größer als der der Abiturienten. Knapp die Hälfte aller studienwilligen Abiturientinnen beabsichtigt, in Schleswig-Holstein zu bleiben, und zwar 42% in Kiel an der Universität oder an der Pädagogischen Hochschule und 6% an der Pädagogischen Hochschule in Flensburg. Von den männlichen Abiturienten wollen nur 39% in Schleswig-Holstein studieren. Das hängt damit zusammen, daß sich von den männlichen Abiturienten lediglich 9% für das Studium an einer Pädagogischen Hochschule interessieren. Sie bevorzugen dagegen mehr eine Technische Universität: 11% der männlichen Abiturienten, aber nur 2% der Abiturientinnen erstreben eine solche Hochschulbildung.

Das beliebteste Studienfach ist Mathematik

Von den 2 926 studienwilligen Abiturienten haben 244 (8%) angegeben, daß sie Mathematik

studieren möchten. Damit steht Mathematik an der Spitze aller als erstes Studienfach genannten Studienfächer. Einen hohen Stellenwert in der Wunschkala haben ferner Anglistik (223 Abiturienten), Germanistik (212 Abiturienten), Allgemeine Medizin (190 Abiturienten), Biologie (165 Abiturienten), Rechtswissenschaft (133 Abiturienten) sowie Betriebswirtschaft (116 Abiturienten). Insgesamt 44% aller Abiturienten haben sich für eines dieser sieben Studienfächer entschieden. Bemerkenswert ist, daß z. B. kein einziger Abiturient Althilologie als erstes Studienfach genannt hat. Andererseits interessieren sich bereits 19 Abiturienten für das neue Studienfach Informatik. Theologie wollen 18 Abiturienten studieren und Agrarwissenschaft 22 Abiturienten.

Der genannte Fächerkatalog gilt für die Gesamtheit aller Hochschularten. Bei den Abiturienten, die an einer Universität studieren wollen, steht Allgemeine Medizin an der Spitze aller Fächer, erst dann folgt Mathematik. Die zukünftigen Studenten der Technischen Hochschulen und Universitäten bevorzugen das Bauingenieurwesen. Für die Pädagogischen Hochschulen steht dagegen Germanistik an erster Stelle, dicht gefolgt von Mathematik und Anglistik.

Abiturienten 1971, die an einer Universität studieren wollen

1. Studienfach	insgesamt	in		
		Kiel	Hamburg	anderswo
Allgemeine Medizin	174	88	38	48
Mathematik	144	73	56	15
Anglistik	136	78	45	13
Rechtswissenschaft	128	56	43	29
Germanistik	112	33	50	29
Biologie	108	61	33	14
Betriebswirtschaft	102	24	56	22
Psychologie	77	24	28	25
Volkswirtschaft	71	30	31	10
Pharmazie	68	36	19	13
Physik	55	31	17	7
Chemie	54	32	13	9
Zahnmedizin	46	30	9	7
Romanistik	39	17	13	9
Erziehungswissenschaft (nicht für Lehrer)	39	8	13	18
Geschichte	38	19	11	8
Kunst	37	10	20	7
Soziologie	29	9	12	8
Leibeserziehung	29	14	10	5
Politologie	27	7	10	10
Musikwissenschaft	21	6	14	1
diese 21 Fächer zusammen	1 534	686	541	307
Weitere Fächer	285	111	78	96
Ohne Angabe und unentschieden	103	38	47	18
<b>Fächer insgesamt</b>	<b>1 922</b>	<b>835</b>	<b>666</b>	<b>421</b>

Abiturienten 1971, die an einer Technischen Hochschule oder Technischen Universität studieren wollen

1. Studienfach	Insgesamt	in Braunschweig	in Hannover	anderswo
Bauingenieurwesen	42	20	14	8
Elektrotechnik	35	12	12	11
Maschinenbau	28	9	11	8
Architektur	28	9	11	8
diese 4 Fächer zusammen	133	50	48	35
Weitere Fächer	77	15	17	45
Ohne Angabe und unentschieden	4	1	1	2
<b>Fächer insgesamt</b>	<b>214</b>	<b>66</b>	<b>66</b>	<b>82</b>

Abiturienten 1971, die an einer Pädagogischen Hochschule studieren wollen

1. Studienfach	Insgesamt	in Kiel	in Flensburg	anderswo
Germanistik	94	67	15	12
Mathematik	83	58	16	9
Anglistik	79	49	21	9
Biologie	49	33	10	6
Leibeserziehung	26	13	8	5
Geschichte	22	12	5	5
diese 6 Fächer zusammen	353	232	75	46
Weitere Fächer	93	52	14	27
Ohne Angabe und unentschieden	57	38	14	5
<b>Fächer insgesamt</b>	<b>503</b>	<b>322</b>	<b>103</b>	<b>78</b>

Zwischen der Art des Gymnasiums und dem Studienfach besteht ein Zusammenhang

Von den Abiturienten, die studieren wollen, besuchten 5% ein altsprachliches Gymnasium (oder den entsprechenden Zweig), 45% ein neusprachliches Gymnasium, 34% ein mathematisch-naturwissenschaftliches Gymnasium und 16% ein anderes Gymnasium, d. h. vor allem ein Fachgymnasium. Bei einer Aufgliederung der Abiturienten nach den gewünschten Studienfächern und nach ihrer Vorbildung zeigt sich ein deutlicher Zusammenhang zwischen dem Zweig des besuchten Gymnasiums und der Wahl des Studienfachs. Die Abiturienten der mathematisch-naturwissenschaftlichen Gymnasien bevorzugen offensichtlich technische (Elektrotechnik, Bauingenieurwesen) und naturwissenschaftliche Fächer (Physik, Chemie, Mathematik). Die Humanisten entscheiden sich dagegen gern für die "klassischen Fächer" Rechtswissenschaft und Medizin. Diese Zusammenhänge zeigen sich in der Tabelle daran, daß die Prozentzahl für ein Fach deutlich höher ist als die Prozentzahl in der letzten Zeile ("Fächer insgesamt") derselben Spalte.

1. Studienfach	Abiturienten insgesamt	davon mit Vorbildung			
		Altsprachliches, Humanistisches	Neusprachliches	Mathematisch-naturwissenschaftl.	Sonstiges
Gymnasium oder entsprechender Zweig					
in %					
Anglistik	223	1,8	70,4	7,6	20,2
Bauingenieurwesen	54	1,9	18,5	66,7	13,0
Betriebswirtschaft	116	4,3	37,1	37,9	20,7
Biologie	165	5,5	40,0	37,0	17,6
Chemie	64	7,8	23,4	57,8	10,9
Elektrotechnik	59	5,1	10,2	79,7	5,1
Erziehungswissenschaft	56	7,1	55,4	26,8	10,7
Germanistik	212	6,6	54,2	16,0	23,1
Geschichte	61	6,6	59,0	13,1	21,3
Kunst	78	2,6	57,7	26,9	12,8
Leibeserziehung	66	1,5	36,4	43,9	18,2
Mathematik	244	2,0	25,8	51,6	20,5
Allgemeine Medizin	190	10,5	47,9	31,1	10,5
Pharmazie	75	1,3	58,7	30,7	9,3
Physik	74	5,4	5,4	77,0	12,2
Psychologie	90	6,7	52,2	30,0	11,1
Rechtswissenschaft	133	12,8	48,9	27,8	10,5
Volkswirtschaft	79	5,1	32,9	41,8	20,3
Zahnmedizin	50	10,0	46,0	34,0	10,0
diese 19 Fächer insges.	2 089	5,5	43,6	34,8	16,1
Weitere Fächer	608	4,8	48,8	32,6	13,8
Ohne Angabe und unentschieden	229	3,1	50,2	31,9	14,8
<b>Fächer insgesamt</b>	<b>2 926</b>	<b>5,1</b>	<b>45,2</b>	<b>34,1</b>	<b>15,5</b>

Bei den Abiturienten, die nicht Lehrer werden wollen, steht Allgemeine Medizin an erster Stelle

1 715 Abiturienten, die studieren wollen, haben nicht die Absicht, Lehrer zu werden. Das sind fast sechs Zehntel (59%) aller studienwilligen Abiturienten. Die folgende Aufstellung umfaßt Angaben für 1 246 Abiturienten, das sind 73% jener Abiturienten, die keinen Lehrberuf an allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen anstreben. Sie beabsichtigen, jeweils eines der folgenden 20 Studienfächer zu studieren:

Allgemeine Medizin	179	Bauingenieurwesen	54
Rechtswissenschaft	129	Chemie	46
Betriebswirtschaft	108	Zahnmedizin	45
Mathematik	77	Architektur	43
Volkswirtschaft	73	Erziehungswissenschaft (nicht für Lehrer)	43
Pharmazie	73	Maschinenbau	36
Psychologie	72	Kunst	31
Biologie	56	Germanistik	25
Elektrotechnik	56	Soziologie	25
Physik	54	Politologie	21

Außerdem haben 347 Abiturienten (20%) Fächer angegeben, die in der vorstehenden Liste nicht genannt sind und für die sich jeweils

weniger als 20 Abiturienten interessieren. 122 Abiturienten (7%) haben kein Studienfach genannt.

58% der Abiturientinnen mit Studienabsicht wollen Lehrerin werden

Von den 2 926 Abiturienten, die eine Hochschule besuchen wollen, haben 1 211 die Absicht, Lehrer zu werden, das sind 41%. Dabei sind es vor allem die Mädchen, die den Lehrberuf bevorzugen. Von ihnen beabsichtigen über die Hälfte, nämlich 58%, Lehrerin zu werden, während von den männlichen Abiturienten nicht einmal ein Drittel (29%) Lehrer werden will. Die einzelnen Lehrämter erfreuen sich unterschiedlicher Beliebtheit. Am meisten gefragt ist das Lehramt an Realschulen, gefolgt vom Lehramt an Gymnasien sowie dem an Grund- und Hauptschulen. Nur wenige Abiturienten wollen Lehrer an berufsbildenden Schulen werden.

	Abiturienten 1971	
	Anzahl	%
Abiturienten mit Studienabsicht	2 926	100
darunter mit Studienziel Lehrer	1 211	41
davon für das Lehramt an		
Grund- und Hauptschulen	302	10
Sonderschulen	65	2
Realschulen	474	16
Gymnasien	341	12
Berufsbildende Schulen	29	1

Bei den Abiturienten, die Lehrer werden wollen, steht Anglistik an erster Stelle. Besonders beliebt bei den Abiturienten, die Lehrer werden wollen, sind die Studienfächer

1. oder 2. Studienfach	Abiturienten 1971, die Lehrer werden wollen					
	Ins- gesamt	davon für das Lehramt an				
		Grund- und Haupt- schulen	Sonder- schul- en	Real- schul- en	Gymna- sien den Schulen	Berufs- bilden- den Schulen
Anglistik	274	53	7	144	69	1
Germanistik	237	81	15	84	57	-
Mathematik	221	71	6	81	60	3
Biologie	197	50	11	92	44	-
Leibeserziehung	173	43	4	65	60	1
Geschichte	156	28	3	56	67	2
Geographie	152	35	3	73	41	-
Kunst	104	33	7	31	32	1
Physik	78	9	1	29	38	1
Romanistik	72	1	1	42	28	-
Chemie	52	3	-	28	21	-
Musikwissenschaft	35	11	2	11	11	-
Psychologie	35	12	12	4	6	1
Politologie	26	6	3	8	9	-
Geophysik	26	5	2	13	6	-
Soziologie	22	4	2	4	11	1

Anglistik, Germanistik, Mathematik, Biologie, Leibeserziehung, Geschichte, Geographie und Kunst. Diese acht Fächer wurden am häufigsten als erste oder zweite Studienfächer genannt. Bei den Abiturienten, die Grund- und Hauptschullehrer oder Sonderschullehrer werden wollen, steht Germanistik an erster Stelle der genannten Fächer, bei den Abiturienten, die das Lehramt für Realschulen oder für Gymnasien anstreben, ist Anglistik das bevorzugte Studienfach.

Die vorstehende Übersicht umfaßt 16 Studienfächer, die mehr als zwanzigmal als 1. oder 2. Studienfach genannt worden sind. Interessant wäre zu wissen, ob bestimmte Fächerkombinationen bevorzugt werden. Die Auszählung zeigt aber, daß fast alle Fächer kombiniert werden. Leichte Schwerpunkte bilden die Kombinationen Mathematik/Biologie (zwölfmal genannt), Anglistik/Geographie (elfmal), Anglistik/Germanistik (zehnmal), Mathematik/Geographie (neunmal) und Germanistik/Biologie (neunmal).

#### Zusammenfassung

Von den 3 520 schleswig-holsteinischen Abiturienten des Jahrgangs 1971, die ungefähr ein Vierteljahr vor der Reifeprüfung nach ihrem weiteren Bildungsweg gefragt worden sind, haben 83% angegeben, daß sie studieren wollen. Sie möchten möglichst bald - d. h. die meisten im Wintersemester 1971/72 - mit dem Studium beginnen. Sie bevorzugten die Universitäten Kiel (dafür entschieden sich 29% aller studienwilligen Abiturienten) und Hamburg (23%) sowie die Pädagogischen Hochschulen Kiel (11%) und Flensburg (4%). Als Technische Universitäten kommen vor allem Braunschweig und Hannover in Frage. Das beliebteste Studienfach ist - alle Hochschularten und Studienziele zusammengenommen - Mathematik. Von den Abiturienten mit Studienabsicht wollen 41% Lehrer werden. Bei ihnen steht Anglistik an erster Stelle des Fächerkatalogs, bei den Abiturienten mit einem anderen Studienziel ist es die Allgemeine Medizin. Es besteht ein Zusammenhang zwischen dem Zweig des besuchten Gymnasiums und der Wahl des Studienfachs.

Bei den vorstehenden Ergebnissen darf jedoch nicht übersehen werden, daß es sich um Wünsche und Absichten handelt, also um Erklärungen, die unverbindlich sind. Es ist beabsichtigt, in den kommenden Semestern die Angaben der Abiturienten mit den Angaben der Studienanfänger an den Hochschulen zusammenzuführen, um festzustellen, inwieweit die Abiturienten ihre Vorstellungen realisieren konnten.

Lieselotte Korschey

# Wahlverhalten nach Alter und Geschlecht

- Landtagswahl 1971 -

In Schleswig-Holstein werden seit der Bundestagswahl 1953 bei allen Bundes- und Landtagswahlen sowie 1970 erstmals bei einer Kreiswahl Stichprobenerhebungen über das Wahlverhalten der Wahlberechtigten in Abhängigkeit von ihrem Alter und Geschlecht durchgeführt. Die Stichprobe wird nach einem bestimmten Verfahren so gewählt, daß sie als repräsentativ für alle schleswig-holsteinischen Wahlberechtigten und Wähler gelten kann. Die Stichprobe umfaßte zur diesjährigen Landtagswahl 92 der insgesamt 2 694 Stimmbezirke und damit 72 500 oder 4% der 1,8 Mill. Wahlberechtigten. Um das Wahlgeheimnis nicht zu gefährden, werden die Briefwähler nicht einbezogen. Die Ergebnisse der Stimmabgabe können daher nur mit dem Landesergebnis ohne Briefwahl verglichen werden. Wie die nachstehende Übersicht zeigt, stimmt das Ergebnis des repräsentativen Querschnitts fast genau mit dem Landesergebnis ohne Briefwahl überein:

	Von den 100 gültigen Stimmen entfallen auf						
	CDU	SPD	FDP	NPD	SSW	DKP	EP
Stichprobe	51,5	41,4	3,7	1,5	1,4	0,4	0,2
Landesergebnis (ohne Briefwahl)	51,6	41,3	3,8	1,4	1,3	0,4	0,3

Auch bei der Wahlbeteiligung ist die Abweichung sehr gering. Hier wurde unterstellt, daß alle Wahlscheininhaber zur Wahl gehen, so daß sich die Wahlbeteiligung auf die Wähler einschließlich Briefwahl bezieht. Die Wahlbeteiligung beläuft sich in der Stichprobe auf 78,9% und im Landesergebnis auf 79,2%.

Die Repräsentation sollte ursprünglich zwei Zwecken dienen: einmal sollte das Wahlverhalten nach Alter und Geschlecht festgestellt werden und zum anderen sollte das Landesergebnis in der Wahlnacht frühzeitig berechnet werden. Letzteres war dieses Mal nicht möglich, da im Wahlkreis 5 eine Nachwahl durchgeführt werden mußte. Die Stimmbezirke dieses Wahlkreises waren also in der Wahlnacht (25. 4. 1971) nicht in der Stichprobe enthalten. Die Stichprobe ist jedoch so angelegt, daß nur beim Vorliegen aller Stimmbezirksergebnisse ein fundiertes Landesergebnis erstellt werden kann. Eine Umstellung der Stichprobe war wegen des kurzen Termines - die Notwendigkeit der Nachwahl ergab sich zwei Tage vor der Wahl -

nicht mehr möglich. Die Stichprobe wurde deshalb dieses Mal nur für die Feststellung des Wahlverhaltens nach Alter und Geschlecht verwendet. Hierbei wird einmal die Wahlbeteiligung und zum anderen die Stimmabgabe auf die Parteien in den ausgewählten Stimmbezirken ermittelt. Die Wahlbeteiligung wird anhand der Wählerverzeichnisse festgestellt. Die ausgewählten Stimmbezirke hatten nach den Wählerverzeichnissen Listen anzufertigen, aus denen die Zahl der Wahlberechtigten, der Wähler und der Nichtwähler nach zehn Altersgruppen und dem Geschlecht hervorging. Zu den bisher erfaßten neun Altersgruppen wurde die der erstmals bei einer Landtagswahl wahlberechtigten 18- bis 21jährigen als zehnte Altersgruppe hinzugefügt.

Um die Stimmabgabe ebenfalls nach Alter und Geschlecht unterscheiden zu können, mußten die Stimmzettel besonders gekennzeichnet werden. Sie erhielten als Aufdruck Schlüsselbuchstaben, die Kennzeichnung Mann/Frau und verschiedene Geburtsjahrguppen. Mit Hilfe dieser Merkmale wurden die Stimmzettel nach fünf Geburtsjahrguppen und dem Geschlecht ausgezählt. Wegen der erstmals wahlberechtigten 18- bis 21jährigen mußte eine Neueinteilung der Geburtsjahrguppen vorgenommen werden, da eine Ergänzung der bisherigen Gruppen um die Gruppe 18 bis 21 Jahre wegen der Gefährdung des Wahlgeheimnisses nicht möglich war. Um über die jungen Wähler trotzdem eine Aussage machen zu können, wurde nicht die bisherige Gruppe 21 bis 30 Jahre auf 18 bis 30 Jahre erweitert, sondern eine neue Gruppe 18 bis 25 Jahre gebildet und die bisherige Gruppe 21 bis 30 Jahre in 25 bis 35 Jahre geändert. Die bisherige Altersgruppe 30 bis 45 Jahre mußte ebenfalls in 35 bis 45 Jahre geändert werden. Die beiden obersten Gruppen 45 bis 60 Jahre und 60 Jahre und älter blieben unverändert.

Die Wahlbeteiligung der Jüngeren ist wie bisher am geringsten

Nach dem Stichprobenergebnis gingen 78,9% der schleswig-holsteinischen Wahlberechtigten zur Wahlurne. Damit hat sich zwar die Wahlbeteiligung gegenüber der Landtagswahl im Jahre 1967, als sie 74,1% ausmachte, erhöht, es blieb aber immer noch jeder 5. der Wahl fern. Die Nichtwähler stellen die drittstärkste "Partei". Sie setzt sich zu 55% aus Frauen zusammen. Bei früheren Wahlen war der Anteil

der Frauen noch größer. Bei der diesjährigen Landtagswahl war das Desinteresse der Frauen und Männer ziemlich gleich groß. Von den Männern blieben 20,6% der Wahl fern und von den Frauen 21,5%. Da der Anteil der Frauen an den Wahlberechtigten 53,9% ausmacht, können die Frauen ihren Anteil an den Nichtwählern nur bei einer weit überdurchschnittlichen Wahlbeteiligung auf die Hälfte oder darunter drücken. Der hohe Frauenanteil an den Nichtwählern ist auf die jüngeren und alten Frauen zurückzuführen. Die Anteile der Altersgruppen bis 35 Jahre und über 70 Jahre an alle Nichtwählerinnen war höher als die entsprechenden Anteile an allen Wahlberechtigten. Die mittleren Jahrgänge konnten dieses Minus nicht ausgleichen. In absoluten Zahlen ausgedrückt waren von den 376 000 Nichtwählern 207 000 Frauen und 169 000 Männer. Die stärkste Gruppe stellen die über 70 Jahre alten Frauen mit 35 000 Nichtwählerinnen.

Sieht man vom Gewicht der einzelnen Altersgruppen ab, so zeigten die jüngeren Wahlberechtigten wie bei vorangegangenen Wahlen das geringste Interesse an der Wahl. Mehr als jeder Dritte der 18- bis 25jährigen ging nicht zur Wahlurne. Bemerkenswert ist, daß die erstmals wahlberechtigten 18- bis 21jährigen mit 35% einen niedrigeren Anteil an Nichtwählern aufweisen als die 21- bis 25jährigen (36,5%). Im übrigen steigt das Wahlinteresse mit wachsendem Alter und fällt erst bei den über 70jährigen wieder ab. Es ist aber dort immer noch bedeutend größer als bei den jüngeren Jahrgängen. Am wahlfreudigsten waren die 60- bis 70jährigen, gefolgt von den 50- bis 60jährigen.

Nichtwähler je 1 000 Wahlberechtigte

Altersgruppe	Insgesamt	Männer	Frauen
18 - 21	350	313	389
21 - 25	365	362	369
25 - 30	314	333	293
30 - 35	256	270	241
35 - 40	210	207	213
40 - 45	173	175	171
45 - 50	146	120	166
50 - 60	143	125	155
60 - 70	137	116	153
70 und älter	193	143	224
Zusammen	211	206	215

Eine überdurchschnittliche Wahlbeteiligung weisen insgesamt die über 35 Jahre alten Wahlberechtigten auf. Bei den Frauen sind es die 40- bis 70jährigen und bei den Männern die über 35 Jahre alten Wahlberechtigten. Am geringsten war das Wahlinteresse bei den jungen Erstwählerinnen: Fast vier Zehntel von ihnen wählten nicht. Das sind fast doppelt

so viele wie im Durchschnitt aller Frauen. An zweiter Stelle der negativen Wahlbeteiligungsskala stehen die 21- bis 25jährigen Frauen. Erst dann folgt die erste männliche Altersgruppe, und zwar die der 21- bis 25jährigen. Umgekehrt nehmen die Männer bei der Wahlbeteiligung die Spitzenplätze ein. Am interessiertesten waren die 60- bis 70- und 45- bis 50jährigen Männer mit einer Wahlbeteiligung von 88,4 und 88%. Die Wahlbeteiligung der Männer ist nicht nur insgesamt, sondern auch in den meisten Altersgruppen höher als die der Frauen. Am größten ist der Abstand bei den über 70jährigen (Frauen 77,6%, Männer 85,7%) und den 18- bis 21jährigen (61,1% : 68,7%).

Gegenüber 1967 hat sich die Wahlbeteiligung in allen Altersgruppen erhöht. Den Ausschlag für die kräftige Steigerung gaben die Jüngeren und die Ältesten und dabei besonders die Frauen. Die Wahlbeteiligung der Frauen stieg im Schnitt um 6,4 Punkte und die der Männer um 5,0 Punkte.

Da die Wahlbeteiligung bei allen früheren Wahlen, seien es Landtags-, Bundestags- oder Kommunalwahlen, in den jüngeren Jahrgängen niedrig ist und in den mittleren und älteren höher, führt das zu dem Schluß, daß das politische Interesse mit wachsendem Alter steigt. Hier gilt es für die politischen Parteien anzusetzen und die jungen Wahlberechtigten darauf hinzuweisen, welche politische Einflußnahme sie verschenken. Nach der Anzahl der Wahlberechtigten müßten die 18- bis 35jährigen mit fast einem Drittel an der Wahlentscheidung beteiligt sein, sie sind es aber nur mit weniger als drei Zehnteln. Entsprechend überproportional sind die mittleren und vor allem die älteren Jahrgänge beteiligt.

Die Frauen gaben den Ausschlag für die absolute Mehrheit der CDU

Die Frauen bevorzugten nach wie vor die CDU, und bei dieser Wahl noch stärker als bei allen vorangegangenen. Von 1 000 gültigen Stimmen der Frauen entfielen 543 auf die CDU. 1967 sind es 514 gewesen. Die CDU hat bis auf die 18- bis 25jährigen in allen Altersgruppen über die Hälfte der Stimmen bekommen. Der höchste Anteil sprang für sie bei den über 60jährigen mit 580 heraus. Hier ist auch der Abstand gegenüber der SPD am größten. Er beläuft sich auf 217. Bei der Landtagswahl 1967 hatte die CDU zwar auch in allen Altersgruppen der Frauen mehr Stimmen erhalten als die SPD, aber nur bei den über 60jährigen mehr als die Hälfte (548).

Auch die SPD konnte ihre Stimmenanteile bei den Frauen gegenüber 1967 erhöhen, erreichte

aber nicht die Werte der Bundestagswahl 1969. Von 1 000 Frauenstimmen erhielt die SPD 1971 394 und bei der vorangegangenen Landtagswahl 370. Die SPD konnte bei den 18- bis 25jährigen Frauen die CDU überflügeln. Hier erzielte sie 486 Stimmen gegenüber 454 der CDU.

Die Männer, die bei den letzten Wahlen stets die SPD bevorzugten, stimmten dieses Mal häufiger für die CDU. Die CDU kam aber in keiner Altersgruppe der Männer auf die Anteile der Frauen. Von 1 000 gültigen Stimmen der Männer entfielen 482 auf die CDU und 436 auf die SPD. Bei den Jüngsten konnte die SPD die absolute Mehrheit erringen (519) und bei den Ältesten die CDU (520). Die CDU konnte in allen Altersgruppen Gewinne, in den mittleren und älteren sogar kräftige, verbuchen. Sie kam insgesamt gegenüber 1967 auf ein Plus von 82 Stimmen je 1 000. Für die SPD sprang zwar auch ein kleiner Gewinn heraus: 436 gegenüber 430, sie mußte jedoch im Gegensatz zu den Frauen bei den Altersgruppen ab 45 Jahre Verluste hinnehmen.

Faßt man die Stimmenabgabe beider Geschlechter zusammen, so ergibt sich, daß die SPD nur bei den jüngsten Wählern vorn liegt. Die SPD erzielte hier die absolute Mehrheit, während dies der CDU bei den 45- bis 60jährigen und den über 60 Jahre alten Wählern gelang.

Die FDP wird wie bisher etwas häufiger von Männern als von Frauen gewählt. Sie erreichte aber auch bei den Männern nicht die 5%-Grenze, sondern nur 40 von 1 000 Männer-

stimmen. Ihre Stimmenanteile sind bei den jüngeren Jahrgängen höher als bei den älteren.

Die Stimmenanteile der übrigen Parteien sind so geringfügig, daß eine einigermaßen sichere Aussage nach Altersgruppen nicht gemacht werden kann. Nur soviel ist erkennbar, daß die NPD häufiger von Männern als von Frauen gewählt worden ist und daß beim SSW die Stimmenanteile gleich groß sind.

Über 56% der CDU-Wähler sind Frauen

Im vorangegangenen Abschnitt wurde die Stimmenverteilung jeweils innerhalb einer Altersgruppe betrachtet. Geht man jedoch von der Gesamtstimmenzahl einer Partei aus und fragt, von welcher Altersgruppe und von welchem Geschlecht sie ihre Stimmen erhalten hat, so ergibt sich gegenüber dem bisher Dargestellten ein anderes Bild. Das liegt daran, daß die Altersgruppen unterschiedlich besetzt sind und vor allem daran, daß die Zahl der Frauen größer ist als die der Männer. Der Anteil der wahlberechtigten Frauen macht 539 pro 1 000 Wahlberechtigte aus und der der Männer entsprechend 461. Da die Wahlbeteiligung der Frauen etwas geringer war als die der Männer, verschiebt sich der Anteil bei den gültigen Stimmen auf 533 zu 467.

Die Wählerschaft der CDU besteht nach wie vor überwiegend aus Frauen, jedoch nicht

Anteile der Parteien an den gültigen Stimmen

Altersgruppe	Gültige Stimmen	Anteile der Parteien		
		CDU	SPD	FDP
Männer				
18 - 25	1 000	393	519	49
25 - 35	1 000	478	453	40
35 - 45	1 000	463	456	40
45 - 60	1 000	494	417	42
60 und älter	1 000	520	397	34
<b>Zusammen</b>	<b>1 000</b>	<b>482</b>	<b>436</b>	<b>40</b>
Frauen				
18 - 25	1 000	454	486	38
25 - 35	1 000	517	421	38
35 - 45	1 000	514	421	37
45 - 60	1 000	560	372	37
60 und älter	1 000	580	363	27
<b>Zusammen</b>	<b>1 000</b>	<b>543</b>	<b>394</b>	<b>34</b>
Männer und Frauen				
18 - 25	1 000	422	503	44
25 - 35	1 000	497	437	39
35 - 45	1 000	488	439	39
45 - 60	1 000	532	391	39
60 und älter	1 000	554	378	30
<b>Insgesamt</b>	<b>1 000</b>	<b>515</b>	<b>414</b>	<b>37</b>

Anteile der Geschlechter und Altersgruppen an den gültigen Stimmen

Altersgruppe	Gültige Stimmen <sup>a</sup>		CDU <sup>a</sup>		SPD <sup>a</sup>	
	Anzahl in 1 000	%	Anzahl in 1 000	%	Anzahl in 1 000	%
Männer						
18 - 25	63	47	25	36	32	59
25 - 35	129	97	62	90	58	106
35 - 45	117	88	54	79	53	97
45 - 60	134	101	67	97	56	102
60 und älter	178	134	93	135	70	128
<b>Zusammen</b>	<b>622</b>	<b>467</b>	<b>300</b>	<b>437</b>	<b>271</b>	<b>492</b>
Frauen						
18 - 25	56	42	25	37	28	50
25 - 35	124	93	65	94	52	95
35 - 45	113	85	58	85	47	86
45 - 60	184	138	103	150	68	124
60 und älter	233	175	135	197	84	153
<b>Zusammen</b>	<b>709</b>	<b>533</b>	<b>386</b>	<b>563</b>	<b>280</b>	<b>508</b>
Männer und Frauen						
18 - 25	120	90	50	73	60	109
25 - 35	253	190	126	184	111	201
35 - 45	230	173	113	164	101	183
45 - 60	318	239	170	247	124	226
60 und älter	410	308	228	332	155	281
<b>Insgesamt</b>	<b>1 331</b>	<b>1 000</b>	<b>686</b>	<b>1 000</b>	<b>550</b>	<b>1 000</b>

a) ohne Briefwahl

mehr in dem Grade wie bei früheren Wahlen. Von 1 000 CDU-Wählern sind 563 Frauen und entsprechend 437 Männer. Damit hat die CDU von den Frauen 386 000 ihrer 686 000 Stimmen (ohne Briefwahl) und von den Männern 300 000 erhalten.

Der größte Wählerstamm der CDU befindet sich bei den über 45 Jahre alten Frauen. Sie stellen über ein Drittel der CDU-Stimmen. Faßt man beide Geschlechter zusammen, so gaben die über 45jährigen fast sechs Zehntel oder 398 000 der CDU-Stimmen ab. Der Anteil dieser Altersgruppe an den CDU-Stimmen ist höher als der an den gültigen Stimmen insgesamt.

Bei der SPD ist der Anteil beider Geschlechter fast ausgeglichen. Von 1 000 SPD-Stimmen sind 508 von Frauen und 492 von Männern abgegeben worden. Damit ergibt sich das gleiche Bild wie bei der Bundestagswahl 1969;

zur Landtagswahl 1967 hatten noch die Männer überwogen. Im Verhältnis zum Gesamtanteil der weiblichen und männlichen Wähler ist der der männlichen SPD-Wähler überdurchschnittlich und der der weiblichen unterdurchschnittlich. Genau umgekehrt ist es bei der CDU. Überdurchschnittlich ist auch der SPD-Wähleranteil in den Altersgruppen bis 45 Jahre. Er reicht jedoch nicht aus, um das Minus in den bevölkerungsmäßig starken Altersgruppen über 45 Jahre auszugleichen. In den Altersgruppen bis 45 Jahre befinden sich 45% der Wähler und fast die Hälfte der SPD Stimmen und in den oberen Altersgruppen entsprechend 55% der Wähler und die andere Hälfte der SPD-Wähler.

Bei der FDP halten sich die Anteile an Frauen- und Männerstimmen etwa die Waage, während bei der NPD die Männer stark und beim SSW die Frauen leicht überwiegen.

Walter Dahms

## Alten- und Pflegeheime

Eine Bevölkerungsgruppe, die ihre Interessen in keinem Verband zur Geltung bringt, sind die alten Menschen, die darauf angewiesen sind, ein geringeres oder größeres Maß von Hilfe und Pflege in Anspruch zu nehmen, die sie wegen irgendwelcher Umstände jedoch nicht von Angehörigen erhalten können. Sie suchen also Unterkunft und Aufgehobensein in einem Heim oder einer ähnlichen Einrichtung, die besonders auf die Lebensbedürfnisse alter Menschen zugeschnitten ist. Es ist Sache der Gemeinden und Kreise (ausnahmsweise auch des Landes), der Verbände der sogenannten freien Wohlfahrtspflege und schließlich von Stiftungen und gewerblichen Unternehmen, geeignete Heime zu bauen und zu unterhalten.

Die Frage, wie viele Heimplätze wünschenswert wären, läßt sich ihrer Natur nach nicht genau beantworten. Abgesehen davon, daß dazu die potentiellen Bewohner solcher Heime, also alle nicht mehr berufstätigen Menschen ab einer bestimmten Altersgrenze, eigens befragt werden müßten, kann auch deshalb nie ein exakter Bedarf angegeben werden, weil der Wunsch, in einem Heim zu leben, in jedem Einzelfall stärker oder schwächer an Bedingungen geknüpft ist. Während der leidende, stark behinderte Mensch ohne Angehörige kaum anders existieren kann als in einem Pflegeheim, also eine feste Nachfrage bildet, kommt es für den rüstigen Siebziger mit Ehefrau und erwachsenen Kindern sehr auf verschiedene Umstände an.

Wenn ein Heim ihm nach Bauart, Mitbewohnern und Leitung zusagt, wenn es in seiner Gemeinde oder doch in ihrer Nähe liegt, wenn es nur so viel kostet, daß ihm von seiner Rente noch eine gewisse Summe zur freien Verfügung bleibt, dann wird er vielleicht gern in das Heim übersiedeln. Es gibt außer den genannten mehr objektiven Kriterien natürlich noch schwieriger greifbare, wie etwa Anhänglichkeiten mehr irrationaler Art an Ort und Personen, oder den Komplex der familiären Verhältnisse. Die Nachfrage dieses vorgestellten rüstigen Siebzigers ist also sehr elastisch in Bezug auf ein Altenheim, sie kann aber von heute auf morgen dringend werden, etwa durch den Tod der Lebensgefährtin.

Da die Kosten der Heimaufnahme sicher zu den entscheidenden Bedingungen gehören, wird es immer eine nennenswerte Anzahl von potentiellen Insassen geben, deren Entschluß, ein Heim für sich zu suchen, sehr knapp von diesem Umstand abhängt, also vom Verhältnis der Kosten zu ihren Mitteln. Es leuchtet ein, daß in dieser Situation eine verhältnismäßig geringe Änderung, z. B. eine Rentenerhöhung, ausreichen kann, um beim "Grenz-Nachfrager" den Entschluß herbeizuführen. Auf dem Wege über die Angehörigen, etwa erwachsene Kinder, die zum Unterhalt beitragen, spielt sogar deren Einkommenssituation mit hinein. Je besser die allgemeine wirtschaftliche Lage ist, desto größer wird die Nachfrage nach Altenheimplätzen sein.

Schließlich wird die Zahl der Heimbewohner in einer größeren Region auch noch von einem Umstand beeinflusst, dessen Veränderung dem alten Menschen selbst gar nicht zuzuordnen ist, nämlich vom Angebot an Heimplätzen. Wenn irgendwo ein neues Heim seine Pforten öffnet, wird es, sobald es voll belegt ist, sicher einige Bewohner haben, die gar nicht Heiminsassen wären, wenn nicht gerade dieses Heim gebaut worden wäre.

Alten- und Pflegeheime in Schleswig-Holstein

Am 1. 4.	Heime	Plätze	davon zur Pflege	Personen
1962	187	10 316	2 841	9 733
1963	198	10 459	2 927	9 841
1964	202	10 762	3 161	10 264
1965	209	11 218	3 523	10 810
1966	217	12 021	3 712	11 552
1967	242	12 827	4 015	12 311
1968	246	13 186	4 178	12 575
1969	267	13 977	4 681	13 203
1970	294	14 623	5 093	13 776

Trotz der geschilderten prinzipiellen Schwierigkeiten, die einer Angabe des Bedarfs an Heimplätzen entgegenstehen, müssen die zuständigen Stellen der Landes- und Kommunalverwaltungen natürlich irgendwelche Anhaltspunkte dafür haben, ob weitere Heime geschaffen werden sollen oder nicht. Man benutzt dazu die bei allen Heimen oder bei ihren Trägern geführten Vormerklisten, die solche Personen enthalten, die um Aufnahme für später oder auch für sofort nachgesucht haben, aber vorerst abgewiesen werden mußten. Die Personen, die bereits in Heimen leben, bilden als manifester Bedarf den Grundstock. Beide Zahlen können addiert werden, wobei eine gewisse Tendenz zur Überhöhung in den Vormerklisten (durch Mehrfach- und Voraus-Bewerber) teilweise ausgeglichen wird durch jederzeit schlummernden Bedarf, der durch unvorhersehbare Ereignisse geweckt werden kann. Die Summe wird zu der Zahl der über 65 Jahre alten Einwohner in Beziehung gesetzt. Der so errechnete Wert betrug 1963 - vermutlich für Schleswig-Holstein die letzte Ermittlung<sup>1)</sup> - 4,6%. Am 1. 4. 1963 folgte hieraus ein Bedarf von 14 000 Heimplätzen, gegenüber dem damaligen Bestand also ein Mehrbedarf von 3 600 Heimplätzen. Tatsächlich standen sieben Jahre später am 1. 4. 1970, sogar 4 200 Plätze mehr zur Verfügung, aber gleichzeitig war die Zahl der alten Menschen gewachsen, so daß nur 4,0% von ihnen Heimplätze angeboten werden konnten. Gegenüber 1963 hatte sich gleichwohl das Angebot nicht nur absolut, sondern auch als Quote deutlich erhöht, denn es hatte damals nur 3,3%

betragen. In diesen sieben Jahren ist also gerade der halbe Weg zur vollen Deckung des damals errechneten Bedarfs zurückgelegt worden.

Eine Abnahme der Zahl der über 65jährigen könnte natürlich, sofern nur die vorhandenen Heime erhalten und abzureißende durch gleich große neue ersetzt würden, sehr schnell und einfach dazu führen, daß die Bedarfsquote von 4,6% erreicht würde. Leider weisen die demographischen Entwicklungen aber nicht in diese Richtung. Die Zahl der alten Menschen wird weiterhin zunehmen. Während sie jedoch von 1962 bis 1970 um fast 60 000 wuchs, also durchschnittlich im Jahr um 7 240, wird sie bis 1980 voraussichtlich um nur noch 38 000 steigen, das sind 3 800 je Jahr. In den acht Jahren vor 1970 sind jedes Jahr durchschnittlich 538 Heimplätze dazu gekommen; gemäß der Quote von 4,6% hätten für die zusätzlichen 7 240 alten Menschen jedes Jahres jedoch 333 Plätze genügt; das Mehrangebot von jährlich 200 Plätzen kam deshalb der relativ besseren Versorgung dieses Bevölkerungsteils zugute. Bei Fortsetzung dieses jährlichen Zuwachses an Heimplätzen - und es ist nicht zu befürchten, daß die Leistungen auf diesem Sektor nachhaltig sinken müßten - wird sich voraussichtlich im Jahre 1977 die Schere schließen: die relativ rascher wachsende Zahl an Heimplätzen wird dann einen Anteil von 4,6% der relativ langsamer wachsenden Zahl der über 65jährigen erreicht haben. Bei weiterhin gleichstark steigender Zahl der Heimplätze würde sich die Versorgungsquote bis 1980 auf beinahe 5% verbessern und danach sogar schneller weiter steigen, denn von diesem Jahre ab fällt die Anzahl der über 65jährigen, zuerst heftig, dann langsamer, aber stetig bis zum Ende des Jahrtausends.

Kann nun aus diesen Darlegungen der Schluß gezogen werden, daß bereits 1976 in der Investitionsplanung die Bremse gezogen werden könne und ab 1977 nur noch Ersatz gebaut zu werden brauche? Einer solchen Folgerung stehen mindestens drei Überlegungen entgegen.

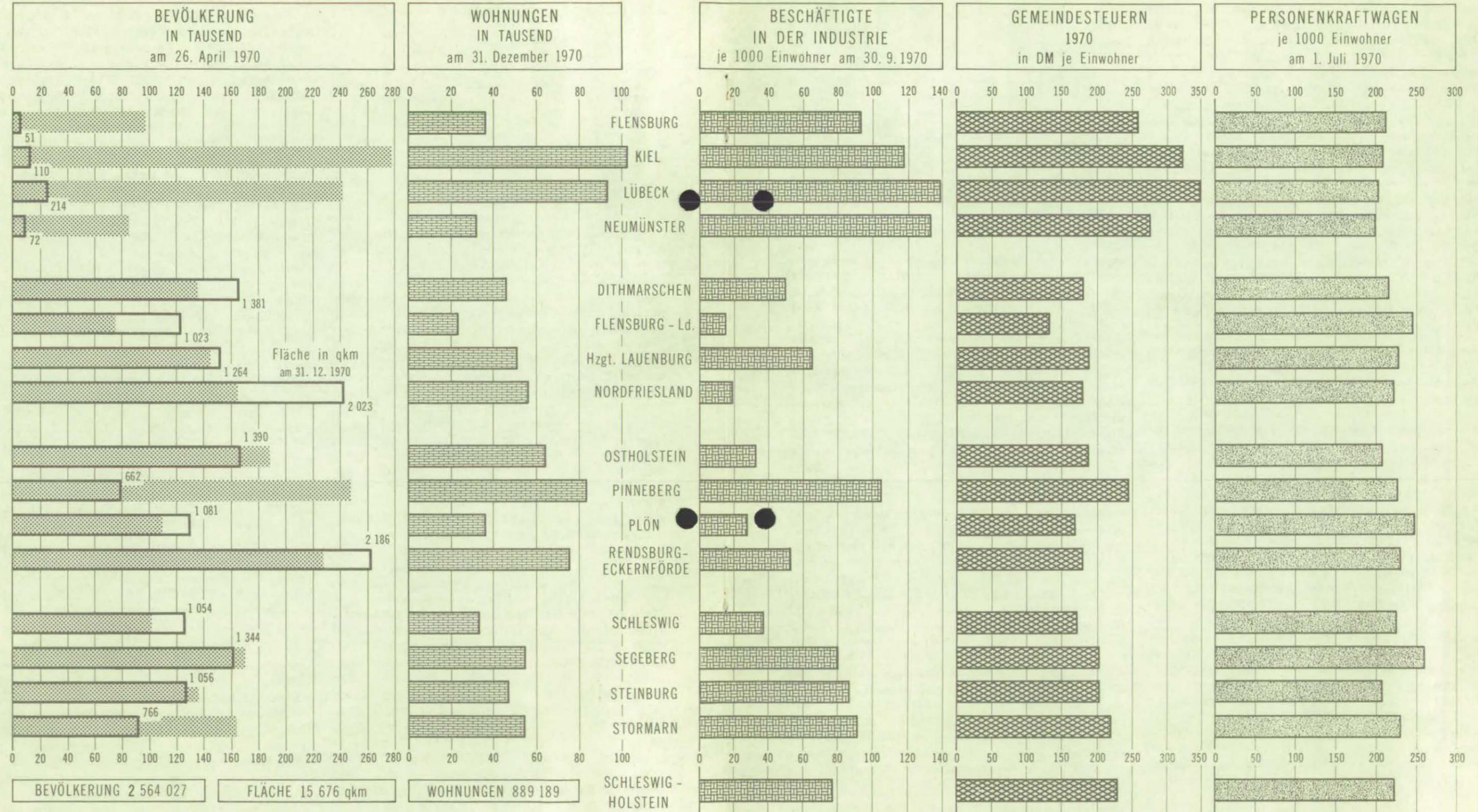
Der geringste Einwand ist gegen die hier verwendeten voraussichtlichen Bevölkerungszahlen zu erheben: bei ihrer Berechnung mußte darauf verzichtet werden, die Wanderungsbewegungen, also etwa ein langfristiges Überwiegen der Zuzüge nach Schleswig-Holstein über die Fortzüge aus diesem Land, zu berücksichtigen. Der Wanderungssaldo ist seit vielen Jahren für Schleswig-Holstein positiv. Hierbei spielen Gastarbeiter eine Rolle, die aber sicher nur ausnahmsweise als Nachfrager nach Altenheimplätzen auftreten werden.

1) "Alten- und Pflegeheime in Schleswig-Holstein" in Informationsdienst der Landesregierung 1963, Nr. 17, S. 133

# STRUKTURDATEN 1970



# IN DEN KREISEN SCHLESWIG - HOLSTEINS

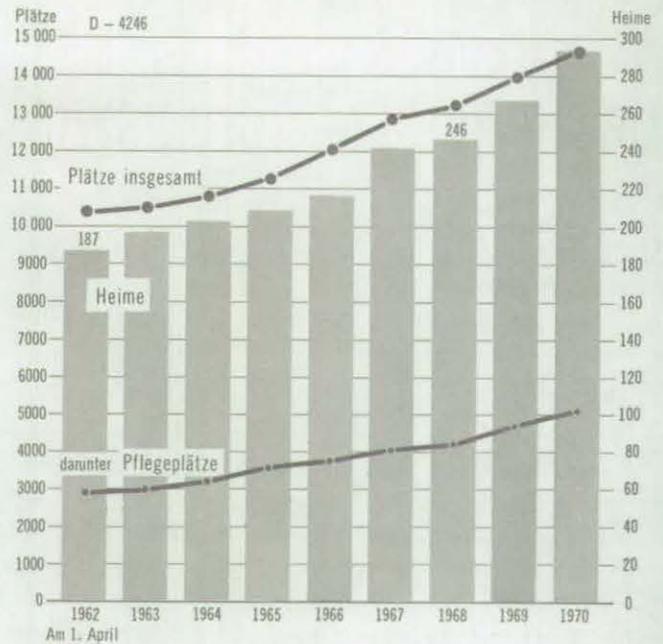


Schon weiter geht der zweite Einwand, nämlich gegen die Verwendung einer Quote, die genauer berechnet ist, als sie in der Sache sein kann. Angesichts der Imponderabilien, die in jedem Einzelfall über den Entschluß, einen Heimplatz zu suchen, mitbestimmen, würden mehrere verschiedene Bedarfsermittlungen, selbst innerhalb kurzer Zeit und bei denselben Menschen, zu Ergebnissen führen, die nicht nur um Zehntel, sondern sogar um ganze Prozente voneinander abweichen, und zwar nicht aus stichproben-theoretischen Gründen, sondern wegen einer merklichen Unsicherheit der untersuchten Sache. Zur Veranschaulichung dessen, wie genau die Aussage der Zahl "4,6" im Vergleich zur Genauigkeit von Mengen im täglichen Leben eigentlich ist, stelle man sich die Fahrgäste zweier Busse vor, vielleicht eine Kaffeeahrt für ehemalige Betriebsangehörige, gerade 100 Menschen, ist es da ein großer Unterschied, ob vier oder sechs von ihnen in einem Altersheim leben? Allerdings, auf Schleswig-Holstein hochgerechnet, bedeutet das in den späten siebziger Jahren 8 000 Heimplätze oder 160 Heime mehr oder weniger, mehr als die Hälfte dessen, was 1970 den ganzen Bestand bildet. Das ändert aber nichts daran, daß es sinnlos ist, sich in dieser Sache an eine genaue Quote zu klammern.

Der dritte Einwand greift am tiefsten; er stellt nämlich die Frage, ob sich die Lebensgewohnheiten über mehr als etwa 5 Jahre hin als so konstant annehmen lassen, daß eine Vorausberechnung wie diese Sinn hat. Sehr unwahrscheinlich ist eine Rückkehr zur Großfamilie, die auch dem alternden Menschen bis zu seinem Tode die private Heimstatt bot. Die langfristige Entwicklung in der Gesellschaft geht den umgekehrten Weg, aus Gründen, die hier nicht dargelegt zu werden brauchen. Ungewiß ist lediglich, wie schnell und wie weit diese Entwicklung, die unmittelbar zu einer höheren Nachfrage nach Heimplätzen für alte Menschen führt, gehen wird. Die Verantwortlichen werden jedoch damit rechnen müssen, daß überhaupt langfristig die Nachfrage - und damit die zu verwendende Quote - steigen wird, und wahrscheinlich nicht nur um zehntel Prozente. Wenn man sich an den Gedanken gewöhnt hat, daß - analog zu steigenden Leistungen der öffentlichen Hand für kleine Kinder (Kindergarten, Vorschule) - auch in der Sorge für alte Menschen die kollektiven Leistungen zu Lasten der individuellen Leistungen erheblich anwachsen werden, dann erscheint eine Heimunterbringungsquote von 10%, ja von 20% nicht ganz ausgeschlossen.

Mit diesem Gedanken soll nur unterstrichen werden, daß sich heute langfristige Erwar-

## Alten- und Pflegeheime in Schleswig-Holstein



tungen oder Planungen nicht auf eine, wie auch immer festgelegte Heimplatzquote stützen lassen. Innerhalb von wenigen Jahren könnten unter den Menschen, die dem Alter nach für einen Heimplatz in Frage kommen, diejenigen einen nennenswerten Anteil, später vielleicht auch das Übergewicht gewinnen, deren Mentalität oder Vorstellung von der richtigen Lebensweise es ihnen normal erscheinen lassen wird, sich einer Einrichtung anzuvertrauen, die ihnen fast jede Sorge um die vielfältigen Notwendigkeiten des Alltags abnimmt, dennoch ein persönliches Leben mit Kontakten nach eigener Wahl zu führen gestattet, Sicherheit der Versorgung bei Krankheit und Siechtum bietet, also den größten Teil der Lebensbedürfnisse abdeckt und dafür den größten Teil des (Renten-) Einkommens beansprucht. Alters- und Altenheime bekämen dann einen anderen Stellenwert in der Gesellschaft, ähnlich wie vor mehr als hundert Jahren einmal die Krankenhäuser ihren Stellenwert geändert haben, vom Asyl für Schwerstbehinderte zum Heilungsort für jedermann und zu jeder Lebenszeit. Sicher wird die eben in den Worten Alters- und Altenheim schon angedeutete Vielfalt der Ausgestaltung der Einrichtungen noch zunehmen, ja, vielleicht ein Wechsel innerhalb der persönlichen Periode der kollektiven Versorgung die Regel werden, entsprechend den innerhalb einer langen arbeitsfreien Altersperiode noch wechselnden Bedürfnissen des Menschen.

Den Hauptteil der Zunahme von Heimen für Alte wird wohl der Träger "öffentliche Hand" bewirken, der auch jetzt (1. 4. 1970) mit

43% aller Plätze vorherrscht gegenüber den Verbänden und Stiftungen (34%) und den Privaten (23%). Die etwaige Vorstellung, ein Heimplatz der öffentlichen Hand sei identisch mit der Unterbringung auf öffentliche Kosten, muß korrigiert werden. Wie aus der Statistik der Sozialhilfe bekannt ist, gibt es nur zwischen 1 400 und 1 500 alte Menschen, die in Anstalten<sup>2</sup> laufende Hilfe zum Lebensunterhalt bekommen. In Heimen des öffentlichen Trägers leben aber 6 000 Menschen; weitere 4 800 wohnen in Heimen der Verbände und Stiftungen, und 3 000 in privaten Heimen. Von der Gesamtzahl der Bewohner - 13 800 - leben also nur höchstens ein Zehntel ganz auf Kosten der Sozialhilfe. Weitere etwa 4 000 Personen nehmen allerdings gelegentlich oder teilweise Sozialhilfe in Anspruch, denn nur 8 500 der 13 800 Heimbewohner sind sogenannte Selbstzahler, die die gesamten Pflegekosten und ihr Taschengeld aus eigenen Mitteln aufbringen.

Die Kapazitätsausnutzung der Alten- und Pflegeheime kann als hoch bezeichnet werden, sie erreichte im Schnitt 94%; für ein Heim der durchschnittlichen Größe von 50 Plätzen bedeutet dies, daß zu jeder Zeit 3 Betten infolge des ständigen Wechsels der Personen und anderer vorübergehender Umstände, wie z. B. Renovierung eines Zimmers, unbesetzt waren.

In diesem Zusammenhang sei die Art der Unterbringung nach der Zimmergröße kurz erwähnt: 42% aller Plätze waren Einzelzimmer, 35% lagen in Zweibettzimmern und 23% in Zimmern mit 3 oder auch mehr Betten. Während die Zweibettzimmer eine sozusagen natürliche Bestimmung für Paare haben, seien es Gatten, Freunde oder Geschwister, so ist doch schwer zu sagen, ob das Verhältnis von etwa 2 : 1 für Einzelplätze zu Mehrbettplätzen ab 3 Betten den Wünschen am besten gerecht wird. Nahezu gleich gewichtige Argumente stützen das eine wie das andere: die ausgeprägten Gewohnheiten und die gesunkene Anpassungsfähigkeit, die leichtere Reizbarkeit des alten Menschen sprechen für die Einzelunterbringung, seine Einsamkeit, der Mangel an anderweitigen Kontakten und die größere Häufigkeit von Zeiten der Bettlägerigkeit sprechen dagegen. Die optimale Form, nämlich Einzelzimmer und vielfältige clubähnliche Räume, ist ihrer Aufwendigkeit wegen seltener verwirklicht.

Für Heimbewohner, die ständiger Pflege und Wartung bedürfen, muß von vornherein entsprechend vorgesorgt sein. Die meisten Heime weisen einen Teil ihrer Plätze für solche

Pflegefälle aus, im Ganzen sind es 5 093 der 14 600 Plätze, also gut ein Drittel. Hier scheint das Angebot der Nachfrage nicht zu entsprechen, denn die Zahl der tatsächlich aufgenommenen Pflegefälle ist mit 5 119 um 26 größer als die Zahl der für diese Menschen vorgesehenen Plätze. Der Anteil der Pflegefälle an allen Heimbewohnern ist mit 47%, also fast der Hälfte, in den privaten Heimen am größten, gefolgt von den kommunalen Heimen mit 39%, während in den Heimen der Verbände der freien Wohlfahrtspflege nur 29% der Insassen pflegebedürftig waren. Der Nachfragedruck bei Pflegeplätzen scheint schon während der ganzen beobachteten Periode bestanden zu haben, denn das Angebot an Pflegeplätzen ist von 1962 bis 1970 um 80%, das heißt, reichlich dreimal so stark gestiegen wie das Angebot an einfachen Heimplätzen, das nur um 27% zunahm. Durch diese Bewegungen wuchs der Anteil der Pflegeplätze an allen Heimplätzen von (1962) 28% auf die heutigen 35%. Eindrucksvoll ist auch die Feststellung, daß von den 4 300 seit 1962 hinzugekommenen Heimplätzen mehr als die Hälfte, nämlich 2 250, Pflegeplätze sind.

Die Zahl der Frauen ist in den Heimen nahezu dreimal so groß wie die der Männer: 10 000 Frauen stehen 3 800 Männer gegenüber, oder anders ausgedrückt, von allen Heimbewohnern sind 72% Frauen. Dieses Übergewicht ist erheblich stärker als in der gesamten Bevölkerung im Alter von 65 und mehr Jahren, von der rund 60% Frauen sind. Die Tatsache, daß Frauen unter der Heimbevölkerung zahlreicher sind als unter der Nicht-Heimbevölkerung, scheint der landläufigen Vorstellung zu widersprechen, daß eine alleinstehende Frau in hohem Alter immer noch eher für sich selber allein zu sorgen in der Lage und willens sei als ein Mann in derselben Situation. Leider kann aus dem vorliegenden Material<sup>3</sup> die Ursache dieser Überrepräsentation der Frauen unter den Heimbewohnern nicht statistisch begründet werden, da keine kombinierte Gliederung nach dem Geschlecht und dem Alter, der Pflegebedürftigkeit oder Kostenaufbringung vorliegt. Auch Angaben über die Verweildauer in diesen Heimen fehlen, die in Verbindung mit dem Alter und Geschlecht und der Lebenserwartung vielleicht für Planungen von Nutzen wären.

Der auffallend hohe Frauenanteil unter den Heimbewohnern kann vielleicht dennoch auf einleuchtende Weise erklärt werden. Entscheidend wäre die Annahme, daß alte Menschen in der Regel erst dann in ein

<sup>2</sup>) außer Alten- und Pflegeheimen kommen hier auch Kranken- sowie Heil- und Pflegeanstalten in Frage

<sup>3</sup>) Runderlaß des Ministers für Arbeit, Soziales und Vertriebene des Landes Schleswig-Holstein vom 3.9.1970, IX 52 c

Heim ziehen, wenn sie durch den Tod des Gatten einer wesentlichen Stütze beraubt sind, daß also Ehepaare unter den Heimbewohnern stark unterrepräsentiert sind. Wenn man der Einfachheit halber einmal unterstellt, daß Ehepaare gar nicht als Heimbewohner vorkommen, dann scheiden, weil sie noch verheiratet sind, etwa ein Drittel der alten Frauen, aber reichlich zwei Drittel der alten Männer aus. Die verbleibenden Frauen und Männer stehen dann aber ebenfalls, wie die Heimbewohner, in der Relation von etwa 3 : 1 zueinander. Die folgende Übersicht veranschaulicht diese Zahlenverhältnisse.

Geschlechtsproportion der Bevölkerung über 65 Jahre (1. 1. 1967)  
und der Heimbewohner (1. 4. 1967)

		Frauen	Männer
Bevölkerung insgesamt		205 840	136 296
	Verhältnis	60	40
davon verheiratet		69 606	95 842
	Verhältnis	42	58
nicht verheiratet		136 234	40 454
	Verhältnis	77	23
dagegen Heimbewohner		8 756	3 555
	Verhältnis	71	29

Abschließend seien noch kurz die regionalen Unterschiede des Angebots an Heimplätzen gestreift. Als Maßstab des Vergleichs wird die Zahl der Einwohner eines Kreises je

Heimplatz in diesem Kreis verwendet. Für das ganze Land entfallen je 175 Einwohner auf einen Heimplatz. Je niedriger diese Zahl ausfällt, desto besser ist die Versorgung. Den höchsten Wert erreicht sie mit fast 300 in Dithmarschen, über 200 liegt sie noch in Flensburg-Land, Nordfriesland, Hzgt. Lauenburg, Schleswig und Rendsburg-Eckernförde, ländlichen Kreisen also, in denen nach ihrer soziologischen Struktur die 3-Generationen-Familie und das Altenteil noch vergleichsweise stärker verbreitet sind. In den etwa gleich gelagerten Kreisen Ostholstein, Plön und Segeberg werden dennoch geringere Werte von 187 bis 134 erreicht, was zeigt, daß entweder andere Einflüsse eine Rolle spielen oder der Zufall seine Hand kräftig im Spiel hat, wahrscheinlich beides zugleich. Die beiden größten Städte des Landes bieten für 168 (Lübeck) und 130 (Kiel) Einwohner einen Heimplatz, günstigere Verhältnisse herrschen noch in Flensburg (121) und im Kreis Steinburg (119). Die regionale Betrachtung wird in ihrer Bedeutung allerdings durch den Umstand eingeschränkt, daß der Einzugsbereich eines Heimes im Vergleich zu der Größe des Kreises, in dem es liegt, ziemlich groß ist. Heimbewohner aus anderen Kreisen dürften keine Seltenheit sein, und diese überregionale Belegung vieler Heime schränkt die Aussagekraft von Kreis-Beziehungszahlen ein.

Arnold Heinemann

## Die Boden- und Kommunalkreditinstitute in Schleswig-Holstein und im Bund im Jahre 1970

Die Geschäftstätigkeit der Realkreditinstitute stand im Jahre 1970 in besonderem Maße unter dem Einfluß des internationalen Zinsauftriebs und der von der Deutschen Bundesbank betriebenen Restriktionspolitik zur Dämpfung der stark gestiegenen Kosten und Preise. Niemals sind die Zinssätze in Deutschland so hoch gewesen wie im vorigen Jahre. Im März 1970 erhöhte die Deutsche Bundesbank den Diskontsatz, d. h. den Satz, zu dem die Landeszentralbanken im regulären Geschäftsverkehr Wechsel ankaufen, wenn sie den festgelegten Erfordernissen entsprechen, von 6% auf 7,5%. Im Geschäftsverkehr der Banken mit Privaten ergaben sich dadurch Kapitalkosten für kurzfristig aufgenommene Kredite von 10% und darüber pro Jahr. Neuemissionen von Rentenwerten waren unter diesen Verhältnissen nur dann auf dem Markt unterzubringen, wenn auch der Nominalzins entsprechend heraufgesetzt wurde. So ergab sich für die

Institute die Notwendigkeit, im Sommer des vorigen Jahres 8%ige und 8,5%ige Kommunalschuldverschreibungen und Pfandbriefe herauszugeben.

Auf die Kurse der in Umlauf befindlichen festverzinslichen inländischen Wertpapiere wirkte sich der Zinsanstieg zwangsläufig ungünstig aus. Die Papiere sind in der Regel mit einer langfristigen Laufzeit versehen, und ihre bei Ausgabe vor mehreren Jahren marktüblichen Zinssätze versprechen unter den heutigen Gegebenheiten dem Anleger nur noch einen attraktiven Ertrag, wenn er sie zu einem entsprechend niedrigeren Kurs kaufen kann<sup>1</sup>. Wertpapiersparer, die ihre festverzinslichen Papiere im Laufe des letzten Jahres verkaufen mußten, erlitten durch den

1) nach dem Bericht des Vorstandes Lübecker Hypothekbank AG für das Geschäftsjahr 1970 sanken die Börsenkurse der von diesem Institut vor einigen Jahren emittierten 5%igen Pfandbriefe während der Hochzinsperiode auf 72 %

Kursverfall nicht selten Einbußen, die je nach dem Zeitpunkt des Erwerbs der Papiere dem Zinsertrag von mehreren Jahren entsprachen. Die Entwicklung ist umso bedauerlicher, als der Erwerb von Rentenwerten seit jeher in der Regel als besonders sichere Kapitalanlage gilt, die im Gegensatz zum Erwerb von Aktien ein verhältnismäßig geringes Risiko mit sich bringt. Nach wie vor gelten festverzinsliche Wertpapiere, insbesondere Pfandbriefe, in denen hypothekarisch gesicherte Forderungen an inländischen Grundstücken oder Forderungen gegen den Bund, ein Bundesland oder eine inländische kommunale Körperschaft oder die Kreditanstalt einer solchen Körperschaft verbrieft sind, unter bestimmten Voraussetzungen als mündelsicher im Sinne der §§ 1806 ff. BGB, d. h. der Vormund hat das zum Vermögen des Mündels gehörende Geld in diesen Rentenwerten verzinslich anzulegen.

Erst als der Zentralbankrat unter dem Druck der immer stärker einfließenden Auslandsgelder im Dezember 1970 zum dritten Male die Bankrate um ein halbes Prozent auf 6% reduzierte, verbesserte sich das Marktklima und die Kurse der Rentenwerte stiegen wieder an. Zu einer durchgreifenden Beeinflussung des Zinssatzes kam es jedoch durch diese Maßnahmen nicht. Infolge der starken Abhängigkeit des Kapitalmarkts vom Geldmarkt wird sich auch in Zukunft jede Änderung auf dem Geldmarkt auf den Kapitalmarkt auswirken, der dadurch in seiner Funktion erheblich behindert wird, bei stabilem Zinsniveau Nachfrage und Angebot von langfristigen Kapital zu regulieren.

Die Statistik befaßt sich nur mit dem Geschäft der Boden- und Kommunalkreditinstitute in Schleswig-Holstein und dem Bundesgebiet. Nicht enthalten ist dementsprechend das Geschäft in Rentenwerten, die diese Institute nicht herausgeben dürfen, so z. B. in Industrieobligationen. In Schleswig-Holstein haben 4 Banken das Emissionsrecht. Es sind dies:

- 1) Die Landesbank und Girozentrale Schleswig-Holstein, Kiel
- 2) Die Lübecker Hypothekenbank AG, Lübeck
- 3) Die Schiffshypothekenbank zu Lübeck AG in Kiel
- 4) Die Schleswig-Holsteinische Landschaft, Kiel.

Während die Landesbank und die Lübecker Hypothekenbank hypothekarisch gesicherte Darlehen auf Grundstücke aller Art geben und auch im Kommunaldarlehensgeschäft stark engagiert sind, handelt es sich bei der Schiffshypothekenbank zu Lübeck und der Schleswig-Holsteinischen Landschaft um Spezialinstitute. Sie betreiben entweder das reine Schiffs-

hypothekengeschäft oder geben fast ausschließlich Hypotheken auf landwirtschaftliche Grundstücke.

#### Passivgeschäft

Trotz der ungünstigen Zinsverhältnisse war in Schleswig-Holstein im Jahre 1970 der Erstabsatz von Schuldverschreibungen der genannten 4 Institute insgesamt gesehen größer als in irgendeinem Jahre zuvor. Es wurden Papiere im Nominalwert von 517 Mill. DM erstmalig in den Verkehr gebracht. Das sind 44% mehr als im Jahre 1969; sogar das bisherige Rekordergebnis von 1968 wird hiermit um 37% übertroffen. Die kräftige Geschäftsausweitung ist fast ausschließlich auf den stark gestiegenen Erstabsatz von Kommunalobligationen zurückzuführen, und zwar insbesondere im ersten Halbjahr 1970. Insgesamt erbrachte der Erstabsatz von Kommunalobligationen im Berichtsjahr den Realkreditinstituten 297 Mill. DM, was einem Zuwachs von 145% gegenüber dem Vorjahr entspricht. Auch bei den Schiffspfandbriefen war der Erlös aus dem Absatz neu emittierter Papiere mit 103 Mill. DM recht erheblich

Der Erstabsatz von Schuldverschreibungen 1967 bis 1970<sup>1</sup>  
Beträge in Mill. DM

	Schuld- ver- schreibungen insgesamt	davon		
		Hypotheken- pfandbriefe	Schiffs- pfandbriefe	Kommunal- obligationen
1967	270,3	119,2	7,1	144,0
in %	100	44	3	53
1968	376,7	156,9	38,3	181,4
in %	100	42	10	48
1969	359,1	169,2	68,5	121,4
in %	100	47	19	34
1970				
1. Halbjahr	270,1	62,7	32,8	174,6
2. Halbjahr	247,2	54,3	70,4	122,6
zusammen	517,3	116,9	103,1	297,2
in %	100	23	20	57
		dagegen Bundesgebiet <sup>2</sup>		
1967	10 403,4	3 800,4	41,1	6 561,9
in %	100	37	0	63
1968	14 039,3	4 408,2	145,2	9 485,8
in %	100	31	1	68
1969	13 895,3	4 039,2	422,3	9 433,7
in %	100	29	3	68
1970	14 228,5	3 134,8	354,8	10 798,9
in %	100	22	2	76

1) ohne nicht deckungspflichtige Schuldverschreibungen

2) einschließlich der deckungspflichtigen sog. "Sonstigen Schuldverschreibungen", die hier den Kommunalobligationen zugeschlagen worden sind. Es handelt sich um Schuldverschreibungen der Landwirtschaftlichen Rentenbank, der Deutschen Siedlungs- und Landesrentenbank sowie der Bayerischen Landesbodenkreditanstalt; ihr Erstabsatz betrug im Jahre 1970 ca. 1,04 Mrd. DM. In Schleswig-Holstein sind "Sonstige Schuldverschreibungen" nicht emittiert worden

(+ 50% gegenüber dem Vorjahre). Der Erstabsatz in Hypothekendarlehen war dagegen stark rückläufig. Es wurden im Jahre 1970 nur Papiere im Werte von 117 Mill. DM verkauft; dies sind 31% weniger als 1969 und weniger als in einem der drei letzten davorliegenden Jahre.

Angesichts der erheblichen Zunahme des Erstabsatzes liegt die Frage nahe, inwieweit sich die Darlehensschuldner, aufgrund deren Nachfrage nach Krediten sich die Banken zu einem derartig hohen Absatz von Rentenwerten mit 8%iger Verzinsung und darüber veranlaßt sahen, marktkonform verhalten haben. Grundsätzlich ist davon auszugehen, daß der Erlös aus dem Absatz von Papieren (Passivgeschäft) dem Zweck dient, die Nachfrage nach Krediten (Aktivgeschäft) zu befriedigen. Dieser Zusammenhang ist zwangsläufig, wenn natürlich auch eine gewisse zeitliche Verschiebung zwischen Emissionserlös und Vergabe der Darlehen auftreten kann. Unter diesem Gesichtspunkt muß man zu dem Schluß kommen, daß die ungewöhnlich hohe Schuldenaufnahme der öffentlichen Hand, insbesondere der Kommunen, unter den während des Jahres 1970 herrschenden ungünstigen Marktverhältnissen nicht geeignet war, die damals bestehenden konjunkturellen Überhitzungserscheinungen zu dämpfen. Die Nachfrager nach Hypothekendarlehen haben demgegenüber durch eine erhebliche Einschränkung der Kreditaufnahme sich den Marktverhältnissen wesentlich besser angepaßt.

Umlauf an Schuldverschreibungen<sup>1</sup> und aufgenommene Darlehen<sup>2</sup> der Realkreditinstitute 1967 bis 1970 in Mill. DM

Jahresende	Umlauf an Schuldverschreibungen	Aufgenommene langfristige Darlehen		
		gegen hinterlegte Schuldverschreibungen	gegen sonstige und ohne Sicherheiten	zusammen
1966	1 538	711	368	1 079
1967	1 815	698	296	994
1968	2 193	719	300	1 019
1969	2 690	364 <sup>a</sup>	477 <sup>a</sup>	841 <sup>a</sup>
1970	3 084	386	544	930
		dagegen Bundesgebiet <sup>3</sup>		
1966	62 922	3 859	12 934	16 793
1967	72 080	4 059	13 347	17 406
1968	84 812	4 337	13 429	17 766
1969	96 518	4 572	15 212	19 785
1970	107 975	4 932	16 730	21 661

1) nur deckungspflichtige Schuldverschreibungen

2) tatsächlich in Anspruch genommene Darlehensbeträge

3) siehe Fußnote 2 von vorhergehender Tabelle

a) in dieser Höhe mit davorliegenden Zeiträumen nicht vergleichbar, da 196 Mill. DM hinterlegte Schuldverschreibungen durch ein Institut zu den Schiffspfandbriefen umgesetzt wurden und außerdem die Deutsche Rentenbank die ihr ausgehändigten Schuldverschreibungen zurückgab

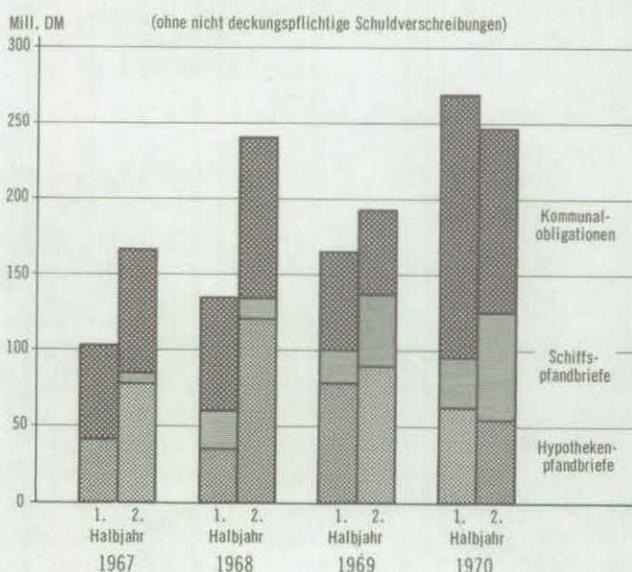
Durch den starken Emissionserlös erhöhte sich der Umlauf an deckungspflichtigen Schuldverschreibungen, die von den 4 Instituten herausgegeben worden sind, bis zum 31.12.1970 auf knapp 3,1 Mrd. DM. Um ihr Aktivgeschäft zu finanzieren, hatten die Institute außerdem zum gleichen Zeitpunkt 930 Mill. DM mittel- und langfristige Darlehen aufgenommen, und zwar 386 Mill. DM gegen hinterlegte Namensschuldverschreibungen und 544 Mill. DM gegen sonstige Sicherheiten. Das Verhältnis zwischen in Umlauf befindlichen Schuldverschreibungen und aufgenommenen Darlehen beträgt damit jetzt etwa 3,3 zu 1; es ist gegenüber den fünfziger Jahren und der 1. Hälfte der 60iger Jahre wesentlich besser geworden. Fast die gesamte Zunahme des Passivgeschäfts seit Ende 1966 um über 1,5 Mrd. DM bis zum 31. 12. 1970 entfällt auf Schuldverschreibungen, die auf dem Kapitalmarkt untergebracht werden konnten.

#### Vergleich mit dem Bundesgebiet

Die Verschuldung der Realkreditinstitute im übrigen Bundesgebiet ist - bezogen auf die Einwohnerzahl oder Fläche - erheblich größer als in Schleswig-Holstein. Schleswig-Holstein ist an der Einwohnerzahl etwa mit 4%, an der Fläche etwa mit 6% am Bundesgebiet beteiligt (Faustzahl ca. 1/20). Der Erstabsatz von Schuldverschreibungen der Institute. Die außerhalb der Landesgrenzen im übrigen Bundesgebiet ansässig sind, betrug 1970 aber etwa das 27fache dessen, was in Schleswig-Holstein verkauft worden ist. Beim Umlauf von Schuldverschreibungen läßt sich sogar für Ende 1970 etwa ein Verhältnis von 1 zu 34 aus der Statistik errechnen. Aus der relativ

D - 4272

#### Der Erstabsatz von Schuldverschreibungen der Realkreditinstitute 1967 - 1970



höheren Verschuldung der Realkreditinstitute im Bundesgebiet darf nicht ohne weiteres auf eine geringere Verschuldung der Grundeigentümer oder Kommunen in Schleswig-Holstein geschlossen werden. Ein solcher Vergleich muß vielmehr auch berücksichtigen, daß die Möglichkeit der Kreditbeschaffung auch bei anderen Stellen besteht und daß die Boden- und Kommunalkreditinstitute sich nicht immer nur auf das regionale Geschäft beschränken.

Der Erstabatz von Schuldverschreibungen im Bundesgebiet (mit West-Berlin) zeigt im Jahre 1970 eine noch stärkere Verlagerung auf das Geschäft mit Kommunalobligationen. Auch in den drei davorliegenden Jahren war der Anteil dieser Obligationen am gesamten Erstabatz im Bundesgebiet wesentlich größer gewesen als in Schleswig-Holstein. Im Jahre 1970 wurden in der Bundesrepublik Rentenwerte in Höhe von 14,2 Mrd. DM neu auf dem Kapitalmarkt untergebracht. Hiervon entfielen 76% auf Kommunalobligationen und 22% auf Hypothekenpfandbriefe. Das Schiffspfandbriefgeschäft war demgegenüber unbedeutend; es machte nur 2% des Erstabatzes aus. In Schleswig-Holstein war die Zusammensetzung des Erstabatzes in den zurückliegenden Jahren nicht so stark auf die Herausgabe von Kommunalobligationen ausgerichtet. Dafür haben die abgesetzten Hypothekenpfandbriefe und naturgemäß die Schiffspfandbriefe ein größeres Gewicht. Der

Anteil der Schiffspfandbriefe am Erstabatz betrug im Jahre 1970 in unserem Lande immerhin 20%.

Was das Verhältnis der im Umlauf befindlichen Schuldverschreibungen zu den aufgenommenen Darlehen angeht, so sind die Boden- und Kommunalkreditinstitute im Bundesgebiet besser gestellt als die schleswig-holsteinischen Institute. Im Bundesgebiet standen einem Umlauf an Schuldverschreibungen am 31. 12. 1970 in Höhe von 108 Mrd. DM nur 21,7 Mrd. DM aufgenommene Darlehen gegenüber, das heißt mit anderen Worten: die zur Finanzierung des Aktivgeschäftes notwendigen Mittel konnten zu diesem Zeitpunkt zu 83% aus dem Verkauf von Wertpapieren gedeckt werden. Für die schleswig-holsteinischen Institute errechnet sich dagegen nur ein Satz von 77%.

#### Aktivgeschäft

Die durch das Passivgeschäft hereingenommenen Fremdmittel dienen den Boden- und Kommunalkreditinstituten zur Finanzierung ihres Aktivgeschäftes, d. h. sie werden in Form von langfristigen Darlehen wieder ausgegeben. Zum Jahresende 1970 betrug der Bestand an langfristigen Ausleihungen der vier schleswig-holsteinischen Institute insgesamt fast 5 Mrd. DM. Der größte Teil hiervon, nämlich 71%, entfiel auf gewährte Darlehen der Landesbank und Girozentrale. Weitere 15% waren von der Schiffshypotheken-

Der Bestand an langfristigen Ausleihungen 1967 bis 1970 (einschl. durchlaufender Mittel) – Direktkredite –  
Beträge in Mill. DM

Zeitpunkt	Langfristige Ausleihungen insgesamt	davon								darunter durchlaufende Mittel in % von Spalte 1
		Hypotheken auf				sonstigen Grundstücken	Kommunal-darlehen	Schiffshypotheken	Landeskulturdarlehen	
Wohngrundstücken <sup>1</sup>	gewerblichen Grundstücken	landwirtschaftlichen Grundstücken								
Ende 1966	3 490	615	174	195	57	713	831	82	824	24
" 1967	3 690	702	178	197	64	789	849	85	825	22
" 1968	4 048	788	216	207	85	937	926	89	801	20
" 1969	4 553	954	542 <sup>a</sup>	210	13	1 015	933	116	771	17
30. 6. 1970	4 731	1 035	547	210	14	1 040	977	114	794	17
31. 12. 1970	4 980	1 089	531	212	14	1 130	1 037	114	855	16
%	100	22	11	4	0	23	21	2	17	.
dagegen Bundesgebiet										
31. 12. 1970	146 617	55 882	11 670	10 879	688	54 373	3 873	2 840	6 413	14
%	100	38	8	7	0	37	3	2	4	.

1) bis Ende 1968: "Hypotheken auf Wohnungsneubauten"; die Hypotheken auf anderen Wohnbauten waren in den sonstigen Grundstücken enthalten.  
a) darunter 258 Mill. DM bestehende Darlehen gegen Hypotheken auf gewerblichen Grundstücken, die nicht neu ausbezahlt, sondern in das Deckungsregister eingetragen worden sind

bank Lübeck ausgeliehen, an der die Landesbank mit Mehrheit beteiligt ist. Bald neun Zehntel (86%) der gesamten langfristigen Ausleihungen der schleswig-holsteinischen Realkreditinstitute werden also zumindest mittelbar von der Landesbank kontrolliert. Der Rest entfällt auf die Lübecker Hypothekensbank (10%), an deren Grundkapital die Handelsbank in Lübeck mit Mehrheit beteiligt ist, und auf die Schleswig-Holsteinische Landschaft (3%).

803 Mill. DM oder 16% der gesamten Ausleihungen waren durchlaufende Mittel, d. h. Darlehen, die von den Instituten in eigenem Namen, jedoch auf fremde Rechnung, gewährt werden. Für diese Kredite übernimmt die Bank nur die Haftung für die ordnungsgemäße Verwaltung und nicht das Obligo für die Rückzahlung. Das sogenannte Treuhandgeschäft entfällt größtenteils auf die "Sonstigen Darlehen", und zwar fast ausschließlich auf Darlehen für landwirtschaftliche Zwecke. Der Anteil der durchlaufenden Kredite an den insgesamt gewährten Darlehen hat in den zurückliegenden 4 Jahren weiter erheblich abgenommen. Er liegt allerdings immer noch um 2 Punkte über dem Satz für das

Bundesgebiet. Infolge der Wirtschaftsstruktur Schleswig-Holsteins sind die 4 Institute in unserem Lande an der Gewährung der sonstigen Darlehen wesentlich stärker beteiligt, als dies dem Bundesdurchschnitt entspricht. Im Bundesgebiet entfielen am 31. 12. 1970 4% der Ausleihungen, in Schleswig-Holstein 17% auf diese Darlehensart.

KommunalDarlehen, Hypotheken auf Wohngrundstücke und Schiffshypotheken sind in etwa gleichem Umfang am Bestand der Ende 1970 gewährten Darlehen beteiligt. Zusammen entfielen auf sie etwa zwei Drittel aller Ausleihungen in Schleswig-Holstein. Den geographischen Gegebenheiten des Landes entsprechend sind die Darlehen gegen Schiffshypotheken in Schleswig-Holstein von besonderer Bedeutung. Über ein Viertel der Schiffshypotheken des Bundesgebiets waren am 31. 12. 1970 von schleswig-holsteinischen Instituten zur Verfügung gestellt. Das Aktivgeschäft der Realkreditinstitute des Bundesgebiets stützt sich dagegen zu drei Viertel auf die Vergabe von KommunalDarlehen und Hypotheken auf Wohngrundstücken.

Klaus Scheithauer

## Zur Viehwirtschaft 1970 und den Aussichten für 1971

In der Viehhaltung gab es auch im Jahre 1970 wieder erhebliche strukturelle Veränderungen. Dierhervorstechendste von ihnen ist die weitere Abnahme der Zahl der Haltungen und damit die Konzentration auf weniger, dafür aber größere Haltungen.

Neben der zyklischen Entwicklung der Schweine- und Geflügelbestände und den darauf folgenden Veränderungen in der Schlachtier- und Eierzeugung ist auch eine Verlagerung der Milcherzeugung zu den grünlandstarken Regionen des Landes zu erkennen.

### Rinderbestände

Die Zahl der Rinderhalter hat auch im Jahre 1970 weiter abgenommen. Von Dezember 1969 bis Dezember 1970 ging sie von gut 38 000 auf knapp 36 000 zurück. Im gleichen Zeitraum hat die Zahl der Milchkuhalter von 35 000 auf 32 000 abgenommen.

Während die Rindviehbestände insgesamt jeweils im Vergleich zum Vorjahr im Juni noch etwas größer waren und im Dezember nur leicht zurückgegangen waren, zeichnet sich in der Milchkuhhaltung bereits im Juni eine stärkere Einschränkung ab. Von Dezember 1969 bis Dezember 1970 hat der Milch-

kuhbestand um 22 000 Tiere von 518 000 auf 496 000 Stück abgenommen. Darunter waren 3 100 Ammen- oder Mutterkühe. Diese Entwicklung steht im engen Zusammenhang mit den vom Staat gewährten Prämien bei Abschachtung von Kühen oder bei Umstellung auf Mast.

Vermutlich als Folge dieser Entwicklung blieben auch die Bestände an Kälbern und Jungvieh unter 1 Jahr um 3 bis 4% unter den Vorjahresbeständen, während die Färsen- und Starckenbestände, die Bestände an 1 bis 2-jährigem Jungvieh und 2 und mehr Jahre altem Mastvieh - teilweise erheblich - größer waren als im Dezember 1969.

Rinderhalter und Rindviehbestände

	1969	1970	1971
	in 1 000		
<b>im Juni</b>			
Rinderhalter	39	38	34
Rindvieh insgesamt	1 521	1 531	1 476
darunter Milchkühe	504	495	476
<b>im Dezember</b>			
Rinderhalter	38	36	-
Rindvieh insgesamt	1 430	1 407	-
darunter Milchkühe	518	496	-

## Schafbestände

In der Schafhaltung schien sich noch im Juni 1970 ein aufsteigender Trend zu bestätigen. Der Schafbestand war um 2% größer als ein Jahr zuvor und lag noch um 1% über dem mehrjährigen Juni-Durchschnitt. Im Dezember 1970 dagegen wurden wieder erheblich weniger Schafe gezählt, -9% gegenüber Dezember 1969 und -7% gegenüber dem Durchschnitt der vorhergehenden sechs Dezemberzählungen. Der bisherige Tiefstand von Dezember 1968 wurde noch unterschritten.

Schafhalter und Schafbestände

	1969	1970	1971
	in 1 000		
<b>im Juni</b>			
Schafhalter	5	5	4
Schafe insgesamt	158	162	158
darunter weibliche Zuchtschafe			
1 Jahr und älter	69	71	71
<b>im Dezember</b>			
Schafhalter	5	4	-
Schafe insgesamt	106	97	-
darunter weibliche Zuchtschafe			
1 Jahr und älter	68	64	-

## Schweinebestände

Während die Zahl der Schweinehalter auch im Jahre 1970 weiter zurückging, wurden

Schweinehalter und Schweinebestände

	1969	1970	1971
	in 1 000		
<b>im März</b>			
Schweinehalter	41	38	35
Schweine insgesamt	1 710	1 673	1 704
darunter			
Läufer und Mastschweine	1 043	998	1 039
trächtige Sauen	107	109	111
<b>im Juni</b>			
Schweinehalter	41	40	36
Schweine insgesamt	1 708	1 819	1 765
darunter			
Läufer und Mastschweine	1 017	1 120	1 080
trächtige Sauen	108	119	113
<b>im September</b>			
Schweinehalter	45	43	-
Schweine insgesamt	1 789	1 918	-
darunter			
Läufer und Mastschweine	1 117	1 190	-
trächtige Sauen	106	119	-
<b>im Dezember</b>			
Schweinehalter	46	43	-
Schweine insgesamt	1 680	1 774	-
darunter			
Läufer und Mastschweine	1 021	1 092	-
trächtige Sauen	108	112	-

die Schweinebestände erheblich aufgestockt. Die Gesamtzahl an Schweinen lag im Juni und September um 7% über dem entsprechenden Vorjahresbestand und um 6% über dem mehrjährigen Durchschnitt. Im Dezember wurde der Vorjahresbestand noch um 6% und der Durchschnitt um 4% übertroffen.

Die Zunahmeraten bei den trächtigen Sauen insgesamt hatten ihren Höhepunkt mit +12% gegenüber Vorjahr im September, bei den trächtigen Jungsauen allein bereits im Juni mit +18%.

Im Dezember waren die Zunahmeraten bei den trächtigen Sauen nicht mehr so groß, der mehrjährige Durchschnitt wurde allerdings noch um 5%, bei den trächtigen Jungsauen sogar um 15% überschritten.

## Pferdebestände

Wenngleich die Zahl der Pferdehalter noch um 2% gegenüber 1969 zurückging, bestätigte sich der Aufwärtstrend bei den Pferdebeständen. Der Gesamtbestand an Pferden war mit 17 900 Tieren im Dezember 1970 um 8% größer als ein Jahr zuvor. Nicht nur die Fohlen und Jungpferdebestände, sondern alle Altersstufen bis zur Gruppe der 5 bis unter 14 Jahre alten Pferde hatten Zunahmen. Lediglich die Zahl der 14 und mehr Jahre alten Pferde nahm weiter ab.

## Ziegenbestände

Die Ziegenhaltung bleibt auch nach den 1970 festzustellenden Bestandszunahmen unbedeutend. Im Dezember 1970 gab es in Schleswig-Holstein 349 Halter mit insgesamt knapp 700 Ziegen.

## Hühnerbestände

Als Folge sehr niedriger Eierpreise im Jahr zuvor wurden die Legehennenbestände, insbesondere die Bestände an jüngeren Legehennen und an Junghennen und Küken drastisch reduziert.

Hühnerhalter und Hühnerbestände im Dezember

	1969	1970
	in 1 000	
Hühnerhalter	76	65
Hühner insgesamt	4 966	4 920
darunter		
Legehennen 1 Jahr alt und älter	1 685	1 675
Legehennen ½ bis 1 Jahr alt	1 791	1 548
Küken und Junghennen zur Eierzeugung	711	591
Masthühner	723	1 069

Dagegen wurden die Masthühnerbestände um fast 50% gegenüber Dezember 1969 und um über 50% gegenüber dem mehrjährigen Durchschnitt aufgestockt. Wie bei allen Nutztierarten hat sich auch in der Hühnerhaltung die Konzentration auf weniger und größere Bestände fortgesetzt. Die Zahl der Hühnerhalter nahm allein im letzten Jahr um über 10 000 ab (- 15%).

#### Brütereien

In den Einlage- und Schlupfergebnissen der erfaßten schleswig-holsteinischen Brütereien mit einem Fassungsvermögen von 1 000 und mehr Eiern spiegelt sich ähnlich wie in der Bestandsentwicklung die Marktsituation des vergangenen Jahres wieder.

Die Eiereinlagen und Schlupfergebnisse blieben bei den Legerassen um 6% und 3% unter dem Vorjahresergebnis. Demgegenüber wurden 21% mehr Eier der Mastrassen eingelegt und schlüpften 17% mehr Masthühnerküken. Die Schlupfergebnisse bei Gänsen und Enten lagen erheblich unter den Vorjahreszahlen. Auch der Schlupf von Truthühnerküken ging noch weiter zurück.

#### Geflügelschlachtungen

Bei den Geflügelschlachtungen zeigte sich der Abbau der Legehennenbestände noch nicht. Die Suppenhühnerschlachtungen waren noch leicht rückläufig. Die Schlachtmengen der Jungmasthühner dagegen nahmen den höheren Schlupfergebnissen und den Bestandsaufstockungen entsprechend um 8% gegenüber 1969 zu.

Geschlachtete Hühner inländischer Herkunft  
in den erfaßten Geflügelschlachtereien

Geflügelart	1969	1970
	in t	
Suppenhühner	817	799
Jungmasthühner	7 440	8 014

#### Milcherzeugung und -verwendung

Hier zeigt sich ein Rückgang der Gesamt-Milcherzeugung von 2,21 Mill. t 1969 auf 2,14 Mill. t 1970 um 3%. Die errechnete Jahresmilchleistung je Kuh liegt mit 4 232 kg ebenfalls unter den für 1969 und 1968 ermittelten Leistungszahlen.

Mit den Leistungszahlen stehen die Kreise Plön und Ostholstein (jeweils über 4 700 kg je Kuh und Jahr) weit an der Spitze. Die größten Gesamterzeugungsmengen kommen aus

den Kreisen mit den größten Kuhbeständen Rendsburg-Eckernförde und Nordfriesland.

Jahr	Milcherzeugung		Durchschnittliche Milchleistung je Kuh und Jahr
	insgesamt	an Molkereien und Händler geliefert	
	t	%	kg
1968	2 182 663	91,1	4 256
1969	2 210 029	91,4	4 262
1970	2 139 003	91,7	4 232

#### Schlachtungen

Der Trend zu verstärkten Schlachtungen im Lande anstelle von Lebendviehversand hielt auch 1970 an. Hinzu kamen größere Angebote von Schlachttieren als Folge der Produktionsausweitungen in der Schweinehaltung und Umstellungen in der Rinderhaltung.

Ganz besonders nahmen - zumindest teilweise als Folge der Abschlachtaktion von Milchkühen - die Schlachtungen von Kühen zu (+ 27 gegenüber Vorjahr und + 52% gegenüber dem mehrjährigen Durchschnitt). Erheblich zugenommen haben jedoch auch die Bullenschlachtungen (+ 16%) und die Färsenschlachtungen (+ 14%). Ochsen wurden nochmals weniger geschlachtet. Gleichfalls waren die Kälberschlachtungen stark rückläufig (- 10%); hier wirkten der seit Jahren rückläufige Trend und die als Folge der Abschaffung von Milchkühen niedrigeren Kälbergeburten in gleicher Richtung.

Die Zahl der geschlachteten Schweine erreichte mit fast 2,3 Mill. Stück im Jahre 1970 einen neuen Höhepunkt. Das Vorjahresergebnis wurde um 5%, der mehrjährige Durchschnitt um 24% übertroffen.

Um 7% nahmen auch die gewerblichen Schlachtungen von Schafen zu, ohne daß hier der mehrjährige Durchschnitt erreicht wurde.

Die Zahl der Hausschlachtungen, die bisher einen rückläufigen Trend zeigte, nahm 1970 bei allen Arten erheblich zu.

Anders als die Schlachtungen von Tieren inländischer Herkunft entwickelten sich die Schlachtungen ausländischer Tiere auf den Seegrenzschlachthöfen Kiel, Lübeck und Flensburg. Gegenüber 1969 gingen die Zahl der geschlachteten Schweine um 17% und die Zahl der geschlachteten Rinder ausländischer Herkunft um 24% zurück. Hauptlieferant für die schleswig-holsteinischen Seegrenzschlachthöfe war wiederum Dänemark.

## Aussichten 1971

Nach Vorliegen der Ergebnisse der Juni-Viehzählung 1971 zeichnen sich für 1971 Bestandsrückgänge bei den Rindern, insbesondere bei den Milchkühen, wie bei Schafen und Schweinen ab.

Mit den Einschränkungen in der Milchviehhaltung seit 1970 - teilweise auch als Folge davon - verringerten sich insbesondere die Bestände an Kälbern und an unter 1 Jahr altem Jungvieh. Die Einschränkungen waren in den östlichen Landesteilen erneut stärker als in den westlichen.

Bei den Schafen gab es starke Abnahmen der Hammelbestände, weil in Anpassung an den Markt, besonders 1971, die Schafe vielfach schon im Alter unter 1 Jahr geschlachtet wurden. Die Mutterschafbestände wurden dagegen aufgestockt.

Abgebaut wurden die Schweinebestände. Vor allem die Zuchtsauenbestände, und hier wiederum besonders die Bestände an trächtigen Sauen wurden verkleinert. Die Ferkel- und Jungschweinbestände nahmen ebenfalls ab.

Die Schlachtungen von Inlandtieren waren bis zum April 1971 sowohl bei Rindern insgesamt, wie auch bei Schweinen noch ansteigend, bei den Kälbern weiter rückläufig. Die Milchproduktion blieb den kleineren Kuhbeständen entsprechend in den ersten Monaten 1971 unter den entsprechenden Vorjahresmengen.

In den Brüttereiergebnissen läßt sich bei den Einlagen der Legerassen bereits eine Zunahme erkennen, während die Eiereinlagen der Masthühnerrassen rückläufig waren. Ebenso nahmen die Geflügelschlachtungen ab.

Zusammenfassend lassen die Bestandsentwicklungen eine Entlastung des Marktes auf dem tierischen Sektor erwarten.

Dr. Matthias Sievers

## Kurzberichte

### Anbau und Ernteaussichten 1971

Nachdem bereits einige Vorschätzungen über Anbauentwicklungen und Ertragserwartungen von verschiedenen Seiten in der Fachpresse und Tagespresse veröffentlicht worden sind, können nunmehr die ersten repräsentativen Ergebnisse der amtlichen Statistik bekanntgegeben werden.

Danach hat in Schleswig-Holstein der Getreideanbau um 2% und der Rapsanbau um 6% zugenommen. Die Hackfruchtanbaufläche wurde dagegen um 7% gegenüber dem Vorjahr eingeschränkt.

#### Anbau

Während die Winterweizenanbaufläche mit knapp 81 000 ha nahezu unverändert geblieben ist, hat die Sommerweizenanbaufläche um 36% gegenüber dem Vorjahr zugenommen und nimmt jetzt eine Fläche von 17 500 ha ein. Der nasse Herbst 1970 dürfte stellenweise zu Bestellungsschwierigkeiten geführt und einen Ersatz des Winterweizens durch Sommerweizen erfordert haben.

Einen beachtlichen Aufschwung gab es im Roggenanbau. Die Winterroggenanbaufläche wurde um 12% gegenüber 1970 ausgedehnt und erreichte mit fast 82 000 ha knapp die Größe des Jahres 1965.

Anbau ausgewählter Fruchtarten auf dem Ackerland 1971<sup>a</sup>

Fruchtart	D	1970	1971	Veränderung 1971 gegenüber 1970 in %
	1965 - 70	ha		
Winterweizen	73 747	81 053	80 535	- 1
Sommerweizen	13 327	12 900	17 528	+ 36
Winterroggen	71 708	72 905	81 974	+ 12
Sommerroggen	3 967	3 004	3 889	+ 29
Brotgetreide zus.	162 749	169 862	183 926	+ 8
Wintergerste	53 456	58 076	64 789	+ 12
Sommergerste	51 597	55 945	46 727	- 16
Hafer	101 366	103 923	106 500	+ 2
Sommernenggetreide	37 222	21 898	16 523	- 25
Futtergetreide zus.	243 641	239 842	234 539	- 2
<b>Getreide insgesamt</b>	<b>406 390</b>	<b>409 704</b>	<b>418 465</b>	<b>+ 2</b>
Körnermais	200	488	977	+ 100
Raps und Rübsen zus.	35 871	48 674	51 369	+ 6
darunter Winterraps	33 078	46 167	48 558	+ 5
Frühkartoffeln	1 265	733	750	+ 2
Mittelfrühe u. Spätkartoffeln	14 422	13 318	10 265	- 23
Zuckerrüben	14 248	15 042	14 567	- 3
Runkelrüben	21 644	25 908	27 598	+ 7
Kohlrüben	16 962	9 949	7 430	- 25

a) vorläufiges Ergebnis, repräsentative Vorwegaufbereitung

Die seit Jahren erkennbare Tendenz zur Ausdehnung des Wintergerstenanbaus und

gleichzeitiger Einschränkung der Sommergerstenfläche setzte sich fort. Die Wintergerstenfläche wurde nochmals um 12% auf nunmehr fast 65 000 ha ausgedehnt. Dagegen nahm die Sommergerstenfläche um 16% ab und beträgt 1971 nur noch knapp 47 000 ha.

Die flächenmäßig umfangreichste Getreideart ist nach wie vor der Hafer mit 106 500 ha, dessen Anbau nochmals um 2,5% ausgedehnt worden ist.

Weiterhin stark rückläufig war auch 1971 wieder der Anbau von Sommergetreide, dessen Fläche nur noch 16 500 ha beträgt.

Der Anbau von Körnermais war bisher aus klimatischen Gründen schwierig und risikoreich. Mit Neuzüchtungen und neuen Anbautechniken versucht man, auch in Schleswig-Holstein den Körnermais stärker zu verbreiten. Gegenüber 1970 wurde die Körnermaisanbaufläche verdoppelt und beträgt jetzt rund 1 000 ha. In ihrer absoluten Größe ist diese Fläche jedoch noch von untergeordneter Bedeutung.

Wenig verändert hat sich der Frühkartoffelanbau; dagegen wurde die Fläche der mittelfrühen und späten Sorten als Folge des Preiszusammenbruchs im Herbst 1970 und der Absatzschwierigkeiten wieder um 23% auf jetzt wenig mehr als 10 000 ha reduziert. Das ist die bisher kleinste festgestellte Anbaufläche.

Wenig verändert hat sich die Zuckerrübenanbaufläche, während der Runkelrübenanbau nochmals um 7% gegenüber 1970 ausgedehnt worden ist. Der Kohlrübenanbau dagegen nahm um weitere 25% ab. 28 000 ha Runkelrüben stehen nur noch gut 7 000 ha Kohlrüben gegenüber.

Nochmals ausgedehnt wurde der Rapsanbau. Nachdem kaum Auswinterungsschäden auf-

getreten waren, blieb eine Winterrapsanbau- und -ernte fläche von 48 600 ha. Hierzu kommen noch 2 800 ha Sommerraps und Rübsen.

#### Ernteaussichten

Nach den ersten Vorschätzungen der amtlichen Ernteberichterstatte von Ende Juni, die erfahrungsgemäß noch recht unsicher sind, dürfte in Schleswig-Holstein eine Getreideernte von knapp 1,6 Mill. t zu erwarten sein. Davon werden gut 700 000 t auf Weizen und Roggen sowie knapp 890 000 t auf Gerste, Hafer und Menggetreide entfallen. Wie die vergangenen Jahre gezeigt haben, können sich von diesen Vorschätzungen noch Abweichungen ergeben. In Abhängigkeit von der Witterung entscheiden letztlich Kornausbildung und Ernteverluste über die wirkliche Höhe der Getreideernte und die Erträge der einzelnen Getreidearten.

Der Anbau von Raps und Rübsen wurde nochmals um 6% gegenüber dem Vorjahr auf nunmehr über 51 000 ha gesteigert. Nach den ersten Ertragsvorschätzungen kann mit etwa durchschnittlichen Hektarerträgen gerechnet werden. Es bleibt abzuwarten, ob nicht wie im Vorjahr noch erhebliche Ertragsminderungen durch Schädlingsbefall eintreten. Nach den Vorschätzungen und der vorläufigen Anbaufläche errechnet sich eine Gesamternte von gut 120 000 t Raps und Rübsen.

Bei etwa gleich großer Anbaufläche werden für die Frühkartoffeln noch niedrigere Erträge angenommen, als im Vorjahr erreicht wurden. Je nach Verlauf der Ernte und den Rode-terminen können die Erträge aber auch wesentlich höher ausfallen, als Ende Juni vorausgeschätzt.

Der erste Schnitt des Acker- und Dauergrünlandes brachte bessere Heuerträge als im Vorjahr.

Dr. Matthias Sievers

#### Erläuterungen

Die Quelle ist nur bei Zahlen vermerkt, die nicht aus dem Statistischen Landesamt stammen

Differenzen zwischen Gesamtzahl und Summe der Teilzahlen entstehen durch unabhängige Rundung; allen Rechnungen liegen die ungerundeten Zahlen zugrunde.

Bei Größenklassen bedeutet z. B. "1-5": "1 bis unter 5".

Zahlen in ( ) haben eingeschränkte Aussagefähigkeit.

p = vorläufige, r = berichtige, s = geschätzte Zahl, D = Durchschnitt.

- = Zahlenwert genau Null

0 = Zahlenwert größer als Null, aber kleiner als die Hälfte der verwendeten Einheit

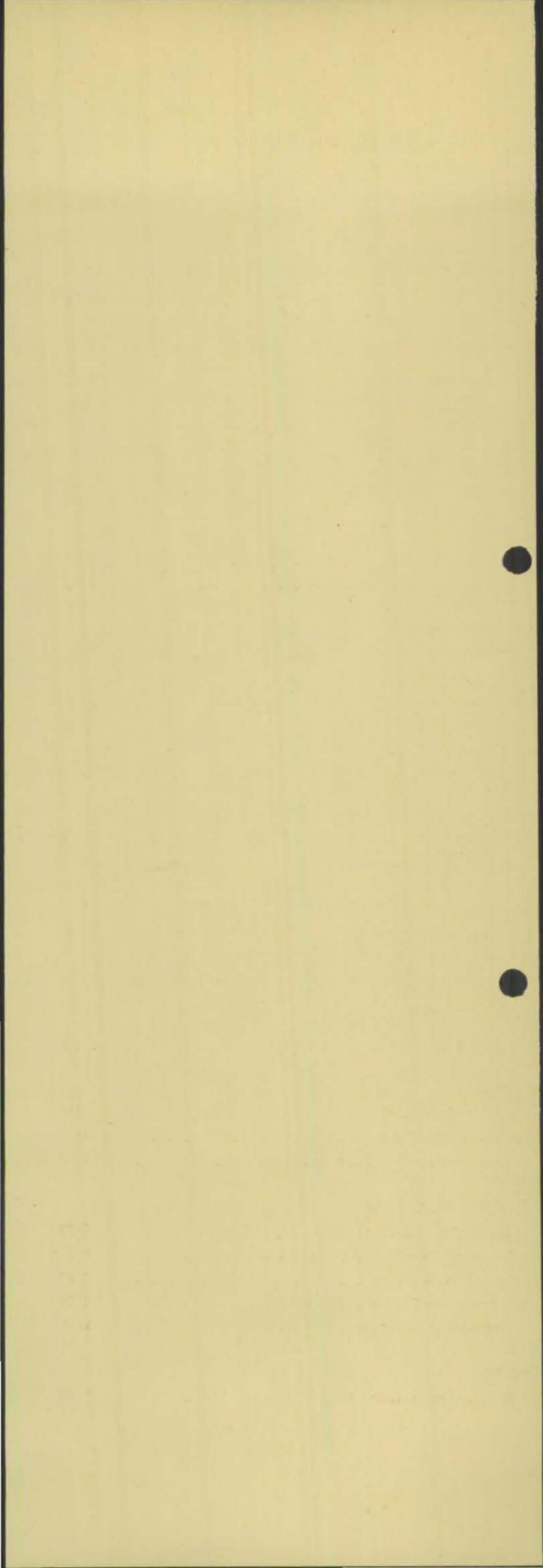
. = Zahlenwert aus sachlichen oder technischen Gründen unbekannt oder aus anderen Gründen nicht eingesetzt.

Angabe nach der Bezeichnung des betreffenden Tabellenfaches sinnlos

... = Zahlenwert noch nicht bekannt

## Inhalt der bisher erschienenen Hefte des laufenden Jahrgangs

	Heft/Selte
<b>Gebiet und Bevölkerung</b>	
Ausländer 1970 . . . . .	1/15
Bevölkerungsvorausschätzung (Teil 1) . . . . .	7/118
Geburtenrückgang . . . . .	4/71
Urlaub in Schleswig-Holstein . . . . .	3/51
<b>Gesundheitswesen</b>	
Unfälle mit Todesfolge . . . . .	3/53
<b>Unterricht, Bildung und Kultur</b>	
Soziale Herkunft der Schüler . . . . .	5/108
<b>Wahlen</b>	
Landtagswahl 1971 . . . . .	5/98
Landtagswahl 1971 regional . . . . .	7/121
<b>Erwerbstätigkeit</b>	
Erwerbstätige 1970 . . . . .	1/10
<b>Land- und Forstwirtschaft, Fischerei</b>	
Betriebsgrößen Landwirtschaft . . . . .	2/26
Getreide- und Ölfruchternte 1970 . . . . .	2/28
Handelsdünger . . . . .	3/56
<b>Industrie und Handwerk</b>	
Industrie 1970 . . . . .	2/43
Investitionen Handwerk 1967 . . . . .	3/60
<b>Bauwirtschaft, Gebäude und Wohnungen</b>	
Wohngeld 1969 und 1970 . . . . .	2/39
Wohnungen nach Gemeindegrößenklassen . . . . .	2/33
Lohnverhältnisse und Alter . . . . .	7/131
<b>Handel und Gastgewerbe</b>	
Fremdenverkehr (Teil 1). . . . .	7/124
<b>Verkehr</b>	
Binnenschifffahrt 1968 . . . . .	4/86
Nord-Ostsee-Kanal . . . . .	4/82
Sicherheit der Bundesstraßen . . . . .	5/96
<b>Öffentliche Finanzen</b>	
Gemeindefinanzreform 1970 . . . . .	3/64
Gewerbesteuer 1966 (Teil 1) . . . . .	1/2
Lohnsteuer 1968 . . . . .	4/73
Vermögensmillionäre 1969 . . . . .	4/91
Versorgungsempfänger . . . . .	2/46
<b>Preise</b>	
Baulandumsatz 1962—1969 . . . . .	1/17



# STATISTISCHE MONATSHEFTE SCHLESWIG-HOLSTEIN

23. Jahrgang . Heft 8 . August 1971

## Schleswig-Holstein im Zahlenspiegel

### Monats- und Vierteljahreszahlen

		1965	1970	1970			1971			
				Monats- durchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai
<b>Bevölkerung und Erwerbstätigkeit</b>										
*Bevölkerung am Monatsende	1 000	2 423	2 567 <sup>+</sup>	2 564	...	...	...	...	...	...
<b>Natürliche Bevölkerungsbewegung</b>										
*Eheschließungen	Anzahl	1 785	1 548	1 202	1 859	1 848	1 478	1 544	...	...
*	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	8,8	7,2	6,9	8,5	7,5	6,7	7,2	...	...
*Lebendgeborene	Anzahl	3 726	2 930	2 697	3 108	3 363	3 259	2 875	...	...
*	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	18,5	13,7	15,4	14,3	13,7	14,8	13,5	...	...
*Gestorbene (ohne Totgeborene)	Anzahl	2 495	2 749	2 262	2 671	2 976	2 919	2 685	...	...
*	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	12,4	12,8	12,9	12,3	12,1	13,3	12,6	...	...
* darunter im ersten Lebensjahr	Anzahl	75	65	71	69	66	72	60	...	...
*	je 1 000 Lebendgeborene	20,2	22,2	26,3	22,2	19,6	22,1	20,9	...	...
*Überschuß der Geborenen	Anzahl	1 231	181	435	437	387	340	190	...	...
*	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	6,1	0,8	2,5	2,0	1,6	1,5	0,9	...	...
<b>Wanderungen</b>										
*Über die Landesgrenze Zugezogene	Anzahl	7 694	8 382	9 453	9 583	6 403	8 948	...	...	...
*Über die Landesgrenze Fortgezogene	Anzahl	6 151	6 381	7 035	7 119	4 639	6 457	...	...	...
*Wanderungsgewinn	Anzahl	1 543	2 001	2 418	2 464	1 764	2 491	...	...	...
*Innerhalb des Landes Umgezogene <sup>1)</sup>	Anzahl	9 641	9 788	10 916	9 873	5 759	9 954	...	...	...
Wanderungsfälle	Anzahl	23 487	24 551	27 404	26 575	16 801	25 359	...	...	...
	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	164	161	182	167	92	161	...	...	...
<b>Arbeitslage</b>										
*Arbeitslose	1 000	8	8	7	6	5	10	8	6	6
darunter *Männer	1 000	6	5	3	3	2	6	4	3	3
Offene Stellen	1 000	19	24	29	29	29	25	26	26	25
darunter für Männer	1 000	10	15	17	17	17	15	15	15	14
<b>Landwirtschaft</b>										
<b>Viehbestand</b>										
*Rindvieh (einschließlich Kälber)	1 000	1 379 <sup>a</sup>	1 407 <sup>a</sup>	.	.	1 531	.	.	.	1 478
darunter *Milchkühe	1 000	505 <sup>a</sup>	496 <sup>a</sup>	.	.	495	.	.	.	472
*Schweine	1 000	1 701 <sup>a</sup>	1 774 <sup>a</sup>	.	.	1 819	1 704	.	.	1 764
darunter *Zuchtssauen	1 000	169 <sup>a</sup>	183 <sup>a</sup>	.	.	187	178	.	.	180
darunter *trächtig	1 000	103 <sup>a</sup>	112 <sup>a</sup>	.	.	119	111	.	.	113
<b>Schlachtungen von Inlandtieren</b>										
*Rinder (ohne Kälber)	1 000 St.	21	34	34	35	25	33	30	26	30
*Kälber	1 000 St.	3	3	3	3	3	4	4	3	3
*Schweine	1 000 St.	156 <sup>b</sup>	200 <sup>c</sup>	187	184	182	209	197	184	203
darunter *Hausschlachtungen	1 000 St.	11 <sup>b</sup>	9 <sup>c</sup>	6	3	3	12	6	5	4
<b>*Schlachtungsmengen<sup>2)</sup> aus gewerblichen Schlachtungen</b>										
(ohne Geflügel)	1 000 t	17,7	25,9	24,5	25,2	22,3	24,2	23,1	21,3	24,1
darunter *Rinder (ohne Kälber)	1 000 t	4,8	8,3	8,1	8,7	5,9	8,0	7,4	6,3	7,5
*Kälber	1 000 t	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,3	0,2	0,2
*Schweine	1 000 t	12,6	17,4	16,2	16,3	16,2	16,0	15,4	14,7	16,3
<b>Durchschnittliches Schlachtgewicht für</b>										
Rinder (ohne Kälber)	kg	238	241	242	248	240	244	247	240	248
Kälber	kg	61	61	59	58	64	63	64	68	68
Schweine (ab Jan. 1971 neue Berechnungsgrundlage, Vergleichbarkeit mit früheren Zahlen eingeschränkt)	kg	87	91	90	90	90	81	81	82	82
<b>Geflügel</b>										
Eingelegte Bruteier <sup>3)</sup>										
*für Legehennenküken	1 000	523	497	628	487	394	764	679	585	512
*für Masthühnerküken	1 000	403	911	1 059	1 007	897	867	973	992	818
*Geflügelfleisch <sup>4)</sup>	1 000 kg	302	803	823	775	820	828	345	617	805
*Milcherzeugung	1 000 t	169	178	231	237	223	210	225	244	215
darunter *an Molkereien und Händler geliefert	%	90	92	92	93	93	92	92	93	93
*Milchleistung je Kuh und Tag	kg	11,6	11,6	15,2	15,2	14,7	13,7	15,2	16,0	14,5

\*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

+) vorläufiges Ergebnis (Fortschreibung der Wohnbevölkerung auf den 26.5.1970 = Tag vor der Volkszählung)

1) ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene 2) einschließlich Schlachtfette, jedoch ohne Innereien

3) in Betrieben mit einem Fassungsvermögen von 1 000 und mehr Eiern

4) aus Schlachtungen inländischen Geflügels in Schlachtereien mit einer Schlachtkapazität von 2 000 und mehr Tieren

a) Dezember

b) Winterhalbjahr 1965/66 = 18

c) Winterhalbjahr 1970/71 = 16

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1965	1970	1970			1971			
		Monats- durchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	
<b>Industrie und Handwerk</b>										
<b>Industrie<sup>5)</sup></b>										
*Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	1 000	178	191	190	190	191	191	191	190	...
darunter *Arbeiter <sup>6)</sup>	1 000	140	145	144	144	144	144	144	143	...
*Geleistete Arbeiterstunden	Mill.	23	24	25	24	24	25	24	23	...
*Löhne (brutto)	Mill. DM	98,8	157,2	149,1	151,2	157,4	167,8	169,9	166,8	...
*Gehälter (brutto)	Mill. DM	37,5	66,6	61,6	63,0	66,6	70,7	71,6	72,7	...
*Kohleverbrauch	1 000 t SKE <sup>7)</sup>	54	33	36	35	28	30	29	34	...
*Gasverbrauch	1 000 cbm	8 869 <sup>d)</sup>	23 914	23 486	24 961	23 483	28 818	27 543	25 129	...
*Heizölverbrauch	1 000 t	77	95	95	89	89	118	95	85	...
*Stromverbrauch	Mill. kWh	118	157	160	157	157	169	162	159	...
*Stromerzeugung (gesamte industrielle Eigenerzeugung)	Mill. kWh	36	37	37	39	37	36	33	30	...
*Umsatz (ohne Umsatzsteuer) <sup>8)</sup>	Mill. DM	746	1 070	1 127	1 008	1 097	1 261	1 197	1 067	...
darunter *Auslandsumsatz	Mill. DM	92	144	149	134	187	226	137	132	...
Produktionsindex (ohne Bauindustrie und ohne öffentliche Energieversorgung)	1962=100	116	162	168	187	163	168	185	183	...
Steine und Erden		115	144	153	176	197	118	161	192	...
Eisen-, Stahl- und Temperguß		114	123	130	139	127	111	121	117	...
Chemische Erzeugnisse		209	455	551	640	410	515	658	513	...
Papiere und Pappen		110	147	143	134	141	136	127	117	...
Stahlbauerzeugnisse		120	191	192	219	178	178	208	217	...
Maschinenbauerzeugnisse		108	140	146	162	138	133	150	148	...
Wasserfahrzeuge		110	152	160	172	148	169	164	163	...
Elektrotechnische Erzeugnisse		121	287	267	291	286	336	370	376	...
Feinmechanische und optische Erzeugnisse		130	136	129	186	121	143	154	184	...
Eisen-, Blech- und Metallwaren		141	208	(200)	(232)	(228)	186	193	197	...
Druckereierzeugnisse		115	252	280	317	242	282	317	315	...
Textilien		110	115	114	129	136	129	138	140	...
Bekleidung		101	106	122	125	66	109	108	111	...
Süßwaren		109	83	76	76	68	82	85	83	...
Milch und Milcherzeugnisse		109	119	153	168	147	131	154	170	...
Fleisch und Fleischerzeugnisse		134	188	216	213	181	194	181	186	...
außerdem Produktionsindex für die Bauindustrie		107	126	140	174	160	102	154	162	...
<b>Handwerk (Meßziffern)<sup>9)</sup></b>										
*Beschäftigte (Ende des Vierteljahres)	30.9.1962=100	.	96	.	.	96	94	.	.	...
*Umsatz (einschließlich Umsatzsteuer)	Vj. -D 1962=100	.	151	.	.	138	130	.	.	...
darunter *Handwerksumsatz	Vj. -D 1962=100	.	155	.	.	137	130	.	.	...
<b>Öffentliche Energieversorgung</b>										
*Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	141	219	222	190	183	363	224	247	...
Stromverbrauch (einschließlich Verluste)	Mill. kWh	279	449	445	402	379	537	469	431	...
*Gaserzeugung (brutto)	Mill. cbm	20	16	18	13	10	25	19	13	...
<b>Bauwirtschaft und Wohnungswesen</b>										
<b>Bauhauptgewerbe<sup>10)</sup></b>										
*Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	Anzahl	67 971	62 480	62 706	63 135	63 551	61 432	61 849	61 888	...
*Geleistete Arbeitsstunden	1 000	9 534	8 238	9 737	9 874	10 513	7 046	9 234	9 206	...
darunter für										
*Wohnungsbauten	1 000	3 950	3 414	4 018	4 032	4 337	2 962	3 921	3 942	...
*Öffentliche und Verkehrsbauten	1 000	3 978	3 616	4 275	4 437	4 682	2 690	3 653	3 690	...
*Löhne (brutto)	Mill. DM	50,0	66,1	70,2	79,9	85,0	56,1	77,4	82,8	...
*Gehälter (brutto)	Mill. DM	4,1	7,0	6,3	6,9	6,8	7,2	7,3	7,5	...
*Umsatz (ab 1970 ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	147,6	176,7	110,1	126,9	158,5	162,3	165,0	170,2	...

\*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

5) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne Bauindustrie und ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke

6) einschließlich gewerblicher Lehrlinge

7) eine t Steinkohleeinheit (SKE) = 1 t Steinkohle oder -briketts = 1,03 t Steinkohlenkoks = 1,45 t Braunkohlenbriketts

8) ohne Umsatz in Handelsware und ohne Erlöse aus Nebengeschäften

9) ohne handwerkliche Nebenbetriebe

10) nach der Totalerhebung hochgerechnet

d) ohne Erdgas und Erdölgas

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1965	1970	1970			1971			
			Monats- durchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
<b>noch: Bauwirtschaft und Wohnungswesen</b>										
<b>Baugenehmigungen</b>										
*Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	1 100	884	1 152	1 014	1 011	1 054	990	948	1 173
darunter *Ein- und Zweifamilienhäuser	Anzahl	...	787	1 078	887	915	909	883	853	1 072
*umbauter Raum	1 000 cbm	934	911	1 034	1 025	1 158	1 290	957	1 185	1 296
*veranschlagte reine Baukosten	1 000 DM	95 521	115 158	122 721	126 807	149 868	175 145	133 324	187 370	175 371
*Wohnfläche	1 000 qm	171	174	192	192	227	241	180	212	255
*Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	169	181	209	206	214	168	148	152	164
*umbauter Raum	1 000 cbm	461	794	816	1 020	932	833	568	670	1 085
*veranschlagte reine Baukosten	1 000 DM	33 344	75 158	63 464	137 221	90 218	112 011	56 627	56 557	74 066
*Nutzfläche	1 000 qm	89	142	151	183	163	143	107	120	163
*Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	2 535	2 357	2 339	2 462	3 825	3 460	2 303	2 932	3 593
<b>Baufertigstellungen</b>										
Wohnungen <sup>11)</sup>	Anzahl	2 447	1 837	701	646	1 039	866	810	971	948
Wohnräume	Anzahl	10 214	7 782	2 852	2 758	4 079	3 749	3 760	4 087	4 139
<b>Handel und Gastgewerbe</b>										
<b>Ausfuhr</b>										
*Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	113,3	180,5	184,3	152,9	182,2	275,7	179,8	161,6	...
davon Güter der										
*Ernährungswirtschaft	Mill. DM	12,2	23,8	33,1	19,1	22,6	37,1	29,5	20,6	...
*gewerblichen Wirtschaft	Mill. DM	101,1	156,7	151,1	133,8	159,6	238,5	150,3	141,0	...
davon *Rohstoffe	Mill. DM	2,9	3,9	3,8	3,3	4,2	4,3	3,6	3,0	...
*Halbwaren	Mill. DM	9,3	12,8	9,8	15,1	13,1	16,0	9,6	12,8	...
*Fertigwaren	Mill. DM	88,9	140,1	137,6	115,4	142,3	218,2	137,0	125,3	...
davon *Vorerzeugnisse	Mill. DM	5,9	14,3	15,8	13,6	15,5	16,2	16,1	14,9	...
*Enderzeugnisse	Mill. DM	82,9	125,8	121,8	101,8	126,8	202,1	120,9	110,4	...
nach ausgewählten Verbrauchsländern										
*EWG-Länder	Mill. DM	25,8	54,2	60,0	49,1	52,7	71,5	67,0	53,7	...
darunter Italien	Mill. DM	8,6	14,8	15,5	15,6	13,3	17,8	13,1	13,4	...
Niederlande	Mill. DM	9,0	18,9	24,0	15,8	17,6	23,6	22,5	16,9	...
*EFTA-Länder	Mill. DM	43,9	55,3	51,1	39,7	45,3	63,8	49,6	54,1	...
darunter Dänemark	Mill. DM	9,6	11,2	10,3	7,9	11,0	24,8	14,6	20,0	...
Großbritannien	Mill. DM	8,2	12,7	9,4	8,1	10,5	7,6	7,6	6,9	...
Norwegen	Mill. DM	12,7	8,5	6,0	4,3	4,5	4,4	2,9	4,1	...
Schweden	Mill. DM	6,8	8,8	10,1	8,4	7,8	9,8	10,1	9,2	...
<b>Handel mit Berlin (West)</b>										
*Bezüge Schleswig-Holsteins	1 000 DM	19 951	32 072	33 072	31 283	33 168	36 576	31 175	30 370	...
*Lieferungen Schleswig-Holsteins	1 000 DM	36 510	36 673	37 886	32 723	29 692	37 801	31 373	30 740	...
*Index der Einzelhandelsumsätze (einschließlich Mehrwertsteuer)	1962=100	...	...	...	...	...	...	...	...	...
*Index der Gastgewerbesumsätze (einschließlich Mehrwertsteuer)	1962=100	...	...	...	...	...	...	...	...	...
<b>Fremdenverkehr in 136 Berichtsgemeinden</b>										
*Fremdenmeldungen	1 000	180	189	105	200	319	91	p 137	p 205	...
darunter *von Auslandsgästen	1 000	19	20	14	20	28	10	p 20	p 22	...
*Fremdenübernachtungen	1 000	1 073	1 514	380	957	2 782	336	p 528	p 1 040	...
darunter *von Auslandsgästen	1 000	38	41	25	35	56	19	p 33	p 38	...
<b>Verkehr</b>										
<b>Seeschifffahrt</b>										
Güterempfang	1 000 t	867	1 329	1 346	1 268	1 442	1 222	...	...	...
Güterversand	1 000 t	415	547	583	557	555	504	...	...	...
<b>Binnenschifffahrt</b>										
*Güterempfang	1 000 t	217	259	268	258	300	261	267	252	281
*Güterversand	1 000 t	354	373	428	442	446	379	410	385	430
*Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	5 806	7 817	10 677	9 275	9 208	11 254	10 056	9 430	...
darunter										
Krafträder (einschließlich Motorroller)	Anzahl	13	24	39	42	56	41	80	60	...
*Personenkraftwagen <sup>12)</sup>	Anzahl	4 982	6 925	9 496	8 279	8 159	10 135	9 051	8 590	...
*Lastkraftwagen	Anzahl	393	502	684	660	613	628	562	512	...
<b>Straßenverkehrsunfälle</b>										
*Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 044	1 404	1 156	1 470	1 571	1 151	1 222	p 1 583	p 1 642
*Getötete Personen	Anzahl	58	74	54	79	85	53	66	p 80	p 77
*Verletzte Personen	Anzahl	1 403	1 933	1 596	2 068	2 182	1 543	1 643	p 2 190	p 2 313

\*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

11) Zimmer mit 6 und mehr qm Fläche und alle Küchen

12) einschließlich Kombinationskraftwagen

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1965	1970	1970			1971			
		Monats- durchschnitt		April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
<b>Geld und Kredit</b>										
<b>Kredite und Einlagen<sup>13)</sup></b>										
*Kredite an Nichtbanken (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. DM	8 273	16 502	15 305	15 435	15 623	16 899	17 058	17 253	...
*kurzfristige Kredite (ab Dezember 1968: bis zu 1 Jahr) darunter	Mill. DM	2 076	3 469	3 209	3 243	3 392	3 648	3 688	3 856	...
*an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	2 047	3 426	3 184	3 216	3 363	3 618	3 663	3 832	...
*mittelfristige Kredite <sup>14)</sup> (ab Dezember 1968: 1 bis 4 Jahre) darunter	Mill. DM	661	1 343	1 117	1 130	1 135	1 344	1 371	1 358	...
*an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	607	1 277	1 074	1 084	1 090	1 272	1 298	1 285	...
*langfristige Kredite <sup>14)</sup> darunter	Mill. DM	5 536	11 690	10 979	11 062	11 095	11 907	11 999	12 039	...
*an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	4 689	10 152	9 556	9 630	9 662	10 331	10 389	10 427	...
*darunter durchlaufende Kredite	Mill. DM	.	.	.	.	.	.	.	.	...
*Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. DM	5 053	11 288	10 201	10 365	10 324	11 460	11 647	11 806	...
*Sicht- und Termingelder darunter	Mill. DM	1 875	5 478	4 802	4 967	4 919	5 518	5 681	5 831	...
*von Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	1 573	3 870	3 336	3 426	3 432	3 927	3 993	4 110	...
*Spareinlagen darunter	Mill. DM	3 178	5 810	5 398	5 399	5 405	5 942	5 966	5 975	...
*bei Sparkassen	Mill. DM	2 123	3 686	3 449	3 449	3 440	3 749	3 758	3 760	3 766
*Gutschriften auf Sparkonten (ohne Zinsen)	Mill. DM	153	294	268	212	241	300	...	...	...
*Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	125	274	269	212	235	267	...	...	...
*Zinsgutschriften	Mill. DM	9	24	0,1	0,2	0,4	0,1	...	...	...
<b>Zahlungsschwierigkeiten</b>										
*Konkurse	Anzahl	8	12	11	11	16	14	12	15	14
*Vergleichsverfahren	Anzahl	1	1	-	-	1	2	-	2	-
*Wechselproteste (ohne die bei der Post)	Anzahl	778	449	448	595	556	367	...	...	...
*Wechselsumme	Mill. DM	0,935	1,136	1,073	1,622	1,913	1,020	...	...	...
<b>Steuern</b>										
*Gemeinschaftliche Steuern	1 000 DM	150 208	224 810	155 572	155 539	293 928	292 377	210 641	163 747	330 082
*Steuern vom Einkommen	1 000 DM	97 072	152 308	87 344	92 426	221 686	235 435	105 284	91 390	251 399
*Lohnsteuer	1 000 DM	43 631	97 946	75 054	84 282	74 219	86 115	93 309	92 119	99 598
*veranlagte Einkommensteuer	1 000 DM	41 819	40 050	11 568	6 647	118 979	118 536	10 265	- 294	120 434
*nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	1 000 DM	1 011	1 613	283	992	2 066	1 617	180	1 472	2 145
*Körperschaftsteuer	1 000 DM	10 612	12 699	439	505	26 422	29 166	1 530	-1 907	29 218
*Steuern vom Umsatz	1 000 DM	53 136	72 265	41 629	63 113	72 242	56 943	70 164	72 357	78 683
*Umsatzsteuer	1 000 DM	48 411	52 564	34 925	43 959	52 209	38 793	48 154	53 318	53 648
*Einfuhrumsatzsteuer	1 000 DM	4 725	19 701	6 704	19 154	20 033	18 150	22 010	19 038	25 036
*Bundessteuern	1 000 DM	67 734	84 313	95 674	96 778	90 941	120 495	100 424	96 469	97 653
*Zölle	1 000 DM	7 074	8 419	8 159	8 954	8 596	14 538	9 079	7 790	9 452
*Verbrauchssteuern	1 000 DM	55 308	70 830	83 673	83 542	74 907	97 967	86 657	84 298	80 414
*Mineralölsteuer	1 000 DM	8 189	2 638	1 844	2 607	2 804	2 152	2 146	2 766	2 717
*Landessteuern	1 000 DM	17 226	24 387	23 503	29 639	20 690	25 537	23 409	32 235	21 903
*Vermögensteuer	1 000 DM	2 921	5 607	1 483	12 426	1 771	2 694	1 410	13 187	1 282
*Kraftfahrzeugsteuer	1 000 DM	8 835	13 205	15 532	11 509	12 749	16 509	15 620	13 770	13 762
*Biersteuer	1 000 DM	721	988	1 008	911	992	953	884	780	1 308
*Gemeindesteuern	1 000 DM	105 110 <sup>+</sup>	125 325 <sup>+</sup>	...	...	121 368 <sup>a)</sup>	...	...	...	137 870
*Gewerbsteuer nach Ertrag und Kapital	1 000 DM	68 004 <sup>+</sup>	74 721 <sup>+</sup>	...	...	73 348 <sup>a)</sup>	...	...	...	82 861
*Grundsteuer A	1 000 DM	7 240 <sup>+</sup>	7 232 <sup>+</sup>	...	...	6 523 <sup>a)</sup>	...	...	...	7 621
*Grundsteuer B	1 000 DM	16 037 <sup>+</sup>	21 027 <sup>+</sup>	...	...	21 136 <sup>a)</sup>	...	...	...	22 488
*Einnahmen des Bundes	1 000 DM	154 810	202 059	175 722	180 805	220 106	263 747	212 527	186 386	263 028

\*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

+ ) = Vierteljahresdurchschnitt

13) ohne Landeszentralbank, Postsparkassen, Postscheckämter sowie ländliche Kreditgenossenschaften, deren Bilanzsumme am 31.12.1967 unter 5 Mill. DM lag; einschließlich aller im Bereich der Landeszentralbank gelegenen Niederlassungen auswärtiger Kreditinstitute, Infolge Umgestaltung mit Angaben bis 1968 nicht voll vergleichbar

14) einschließlich durchlaufender Kredite a) 1.4. - 30.6.

Schluß: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1965	1970	1970			1971			
			Monats- durchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
<b>noch: Steuern</b>										
*Einnahmen des Landes		76 440	140 434	106 184	107 576	158 407	186 518	134 536	160 553	155 433
*Anteil an den Steuern vom Einkommen	1 000 DM	59 214	69 857	37 608	39 848	97 319	108 690	45 392	69 197	110 297
*Anteil an den Steuern vom Umsatz	1 000 DM	-	41 334	31 774	38 089	40 397	46 992	48 138	59 122	20 304
*Anteil an der Gewerbesteuerumlage	1 000 DM	-	4 855	13 299	-	-	-	17 597	-	-
*Einnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände	1 000 DM	105 110	147 429 <sup>+</sup>	-	-	140 961 <sup>a</sup>	-	-	-	173 696
*Gemeindeeinkommensteuer	1 000 DM	-	59 525 <sup>+</sup>	-	-	46 191 <sup>a</sup>	-	-	-	71 020
<b>Preise</b>										
Preisindexziffern im Bundesgebiet										
Einkaufspreise für Auslandsgüter	1962=100	106,3	107,2	108,7	107,8	106,7	109,7	110,4	108,9	...
Verkaufspreise für Ausfuhrsgüter	1962=100	104,8	116,6	116,0	116,1	116,3	121,5	122,0	121,7	...
Grundstoffpreise 15)	1962=100	105,9	104,3	105,1	104,3	104,5	105,1	105,8	105,1	...
Erzeugerpreise										
industrieller Produkte 15)	1962=100	104,0	107,5	106,8	106,8	107,4	112,0	112,4	106,8	...
landwirtschaftlicher Produkte 15)	1961/63=100	114,1 <sup>f</sup>	106,2 <sup>g</sup>	105,3	103,7	103,4	97,5 <sup>p</sup>	98,4 <sup>p</sup>	96,8	...
Preisindex für Wohngebäude										
Bauleistungen am Gebäude	1962=100	114,6	147,4	.	147,4	.	.	.	163,6	.
Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel (Ausgabenindex) 15)										
	1962/63=100	107,7 <sup>f</sup>	105,8 <sup>g</sup>	108,0	108,8	108,9	112,6	112,7	112,9	...
Einzelhandelspreise										
	1962=100	104,6	112,5	112,1	112,3	112,6	117,0	117,5	117,8	118,2
Preisindex für die Lebenshaltung 16)										
	1962=100	109,0	123,7	123,3	123,5	124,1	128,7	129,3	129,9	130,6
darunter										
Nahrungs- und Genussmittel		109,0	117,4	117,8	118,0	118,8	121,1	122,0	122,7	123,6
Kleidung, Schuhe		107,1	118,0	117,1	117,3	117,5	123,4	123,9	124,4	124,7
Wohnungsmieten		118,5	168,5	167,2	167,5	167,8	175,7	176,9	177,4	178,3
Elektrizität, Gas, Brennstoffe		106,1	124,4	122,1	121,7	123,2	130,6	129,4	128,8	129,2
übrige Waren und Dienstleistungen für die Haushaltsführung		106,2	114,1	113,0	113,2	114,0	118,8	119,2	119,8	120,7
<b>Löhne und Gehälter 17)</b>										
Arbeiter in Industrie und Hoch- und Tiefbau										
Bruttowochenverdienste										
*männliche Arbeiter	DM	211	297	283	.	.	.	320	.	.
darunter Facharbeiter	DM	224	318	300	.	.	.	342	.	.
*weibliche Arbeiter	DM	125	178	172	.	.	.	193	.	.
Bruttostundenverdienste										
*männliche Arbeiter	DM	4,58	6,55	6,26	.	.	.	7,21	.	.
darunter Facharbeiter	DM	4,88	6,98	6,64	.	.	.	7,68	.	.
*weibliche Arbeiter	DM	3,00	4,32	4,20	.	.	.	4,70	.	.
Bezahlte Wochenarbeitszeit										
*männliche Arbeiter	Std.	45,9	45,3	45,1	.	.	.	44,3	.	.
*weibliche Arbeiter	Std.	41,5	41,2	41,0	.	.	.	40,9	.	.
Geleistete Wochenarbeitszeit										
*männliche Arbeiter	Std.	42,3	41,3	42,6	.	.	.	38,9	.	.
*weibliche Arbeiter	Std.	37,4	36,8	38,5	.	.	.	35,2	.	.
Angestellte, Bruttomonatsverdienste										
in Industrie und Hoch- und Tiefbau										
Kaufmännische Angestellte										
*männlich	DM	1 020	1 453	1 417	.	.	.	1 615	.	.
*weiblich	DM	666	946	917	.	.	.	1 050	.	.
Technische Angestellte										
*männlich	DM	1 148	1 579	1 524	.	.	.	1 738	.	.
*weiblich	DM	687	966	930	.	.	.	1 050	.	.
in Handel, Kredit und Versicherungen										
Kaufmännische Angestellte										
*männlich	DM	897	1 270	1 253	.	.	.	1 406	.	.
*weiblich	DM	557	795	780	.	.	.	885	.	.
Technische Angestellte										
männlich	DM	1 019	1 437	1 409	.	.	.	1 603	.	.
weiblich	DM	.	(911)	.	.	.	.	.	.	.
in Industrie und Handel zusammen										
Kaufmännische Angestellte										
*männlich	DM	934	1 329	1 305	.	.	.	1 473	.	.
*weiblich	DM	588	839	820	.	.	.	933	.	.
Technische Angestellte										
*männlich	DM	1 138	1 572	1 518	.	.	.	1 730	.	.
*weiblich	DM	687	965	929	.	.	.	1 048	.	.

\*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

+) = Vierteljahresdurchschnitt

15) ab 1968 ohne Umsatz(Mehrwert)steuer 16) 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalte mit mittlerem Einkommen des alleinverdienenden Haushaltsvorstandes; Lebenshaltungsausgaben von rund 750 DM monatlich nach den Verbrauchsverhältnissen von 1962

17) Effektivverdienste

a) 1. 4. - 30. 6.

f) Wirtschaftsjahr 1965/66 (Juli-Juni)

g) Wirtschaftsjahr 1969/70 (Juli-Juni)

# Jahreszahlen B

erscheint im monatlichen Wechsel mit A

Jahr	Wohnungswesen				Ausfuhr				Fremdenverkehr <sup>2)</sup>			
	zum Bau genehmigte Wohnungen <sup>1)</sup> in 1 000	fertiggestellte Wohnungen <sup>1)</sup>		Bestand an Wohnungen in 1 000	insgesamt	in EWG-Länder	in Länder der EFTA	von Gütern der gewerbl. Wirtschaft	Meldungen		Übernachtungen	
		insgesamt in 1 000	im sozialen Wohnungsbau in %						insgesamt	Auslandsgäste	insgesamt	Auslandsgäste
					Mill. DM				in 1 000			
1966	25	26	47	820	1 645	350	665	1 517	1 956	229	13 684	459
1967	25	26	39	847	1 541	445	525	1 385	2 032	240	14 917	479
1968	24	24	29	845 <sup>a</sup>	1 905	545	667	1 722	2 048	238	15 602	473
1969	28	23	24	868 <sup>a</sup>	2 159	656	707	1 901	2 151	235	16 856	466
1970	27	21	19	889 <sup>a</sup>	2 166	651	664	1 880	2 256	236	18 079	489

Jahr	Kfz-Bestand am 1. 7.				Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden			Spar-einlagen am 31. 12. in Mill. DM	Sozialhilfe			Kriegsopferfürsorge
	insgesamt	Kraft-räder	Pkw <sup>3)</sup>	Lkw	Unfälle	Getötete	Verletzte		insgesamt	laufende Hilfe zum Lebensunterhalt		
								Aufwand in Mill. DM	Aufwand in Mill. DM	Empfänger in 1 000	Aufwand in Mill. DM	
	in 1 000											
1966	543	18	421	38	13 379	718	18 019	3 668	104,5	38,7	35,6	14,1
1967	569	12	451	37	14 297	742	19 243	4 158	112,6	40,3	37,5	13,5
1968	596	10	478	38	14 877	769	20 246	4 744	117,8	39,7	34,0	12,7
1969	636	8	516	39	15 153	778	20 619	5 295	124,8	41,4	31,7	11,6
1970	698	7	573	42	16 851	882	23 200	5 810	148,4	49,3	...	13,1

Jahr	Steuern								Neuverschuldung <sup>5)</sup>			
	Steuereinnahmen			Steuern vom Umsatz	Steuern vom Einkommen			Verbrauchsteuern	Gewerbe-steuern	des Landes	der Gemeinden und Gemeindeverbände	
	des Bundes	des Landes	der Gemeinden		insgesamt	Lohn-steuer	veranlagte Einkommen-steuer				insgesamt	Kreditmarkt-mittel
	Mill. DM											
1966	1 911	982	441	680	1 245	598	517	646	314	1 950	1 323	971
1967	1 962	1 059	452	686	1 292	616	552	706	321	2 136	1 429	1 074
1968	1 964	1 161	479	586	1 442	701	571	749	340	2 361	1 461	1 089
1969	2 308	1 354	559	805	1 649	869	586	795	409	2 431	1 530	1 100
1970	2 425	1 685	590	867	1 805	1 152	481	850	342	2 641	1 734	1 209

Jahr	Preisindizes				Löhne und Gehälter							
	Erzeugerpreise		für Wohngebäude 1962=100	für die Lebenshaltung <sup>6)</sup> 1962=100	Industriearbeiter <sup>9)</sup>		Angestellte in Industrie <sup>9)</sup> und Handel			öffentlicher Dienst		
	industrieller Produkte <sup>7)</sup> 1962=100	landwirtschaftlicher Produkte <sup>7)8)</sup> 1961/63 =100			Bruttowochenlohn	Bruttonomatsgehalt	Bruttonomatsgehalt <sup>10)</sup>					
			insgesamt	Nahrungs- und Genußmittel	Männer	Frauen	kaufmännische Angestellte	techn. Angest.	Beamte A 9 (Inspektor)	Angestellte BAT VIII (Bürokräft)		
DM												
1966	105,8	109,3	118,5	112,8	112,0	221	135	1 010	636	1 208	1 298	922
1967	104,9	99,8	115,9	114,4	112,0	223	135	1 048	658	1 248	1 298	922
1968	99,3	102,6	120,8	116,1	111,1	235	143	1 110	705	1 284	1 348	953
1969	101,5	106,2	127,2	119,3	114,2	259	157	r 1 208	r 758	r 1 398	1 449	1 021
1970	107,5	...	147,4	123,7	117,4	297	178	1 329	839	1 572	1 589	1 133

- 1) nur Errichtung neuer Gebäude  
 2) Fremdenverkehrsjahre (Oktober des vorangegangenen bis September des bezeichneten Jahres)  
 3) einschließlich Kombinationskraftwagen  
 4) ohne Postspareinlagen  
 5) ohne Kassenkredite  
 6) 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalte mit mittlerem Einkommen des alleinverdienenden Haushaltsvorstandes  
 7) ab 1968 ohne Umsatz(Mehrwert)steuer  
 8) Wirtschaftsjahr Juli bis Juni  
 9) einschließlich Hoch- und Tiefbau  
 10) Endgehalt, Ortsklasse A. Die Angaben gelten für Verheiratete mit einem Kind  
 a) auf der Grundlage der Wohnungszählung 1968 fortgeschrieben

# Kreiszahlen

KREISFREIE STADT Kreis	Bevölkerung am 26. April 1970 <sup>1)</sup>		Industrie <sup>2)</sup>			
	insgesamt	Veränderung gegenüber Vormonat  in %	Betriebe am 31. 5. 1971	Beschäftigte am 31. Mai 1971		Umsatz <sup>3)</sup> im Mai 1971 in Mill. DM
				Anzahl	je 1 000 Einwohner	
FLENSBURG	96 754	- 0,0	73	8 455	87	47
KIEL	276 038	- 0,0	144	32 166	117	90
LÜBECK	242 636	- 0,0	145	32 114	132	132
NEUMÜNSTER	84 656	+ 0,1	68	10 952	129	33
Dithmarschen	135 448	- 0,1	58	5 747	43	70
Flensburg-Land	74 871	+ 0,1	32	944	12	9
Hzgt. Lauenburg	144 588	+ 0,0	95	9 212	63	46
Nordfriesland	164 657	+ 0,4	47	2 675	16	26
Ostholstein	187 798	+ 0,4	73	5 578	29	35
Pinneberg	248 355	+ 0,3	224	24 691	98	147
Plön	108 774	- 0,0	53	2 834	26	16
Rendsburg-Eckernförde	228 488	+ 0,1	125	11 942	52	67
Schleswig	101 469	+ 0,1	38	3 418	33	40
Segeberg	169 837	+ 0,4	173	13 566	77	92
Steinburg	135 931	- 0,1	91	10 870	79	73
Stormarn	163 727	+ 0,1	116	14 773	88	144
Schleswig-Holstein	2 564 027	+ 0,1	1 555	189 937	73	1 067

KREISFREIE STADT Kreis	Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden im Juni 1971 (vorläufige Zahlen)			Kraftfahrzeugbestand am 1. Januar 1971		
	Unfälle	Getötete <sup>4)</sup>	Verletzte	insgesamt	Pkw <sup>5)</sup>	
					Anzahl	je 1 000 Einwohner
FLENSBURG	44	-	61	23 409	21 146	...
KIEL	138	2	177	68 020	61 394	...
LÜBECK	147	1	187	56 945	50 603	...
NEUMÜNSTER	66	1	97	21 833	19 327	...
Dithmarschen	83	7	116	40 739	30 926	...
Flensburg-Land	60	4	90	25 618	19 351	...
Hzgt. Lauenburg	83	6	107	41 044	33 588	...
Nordfriesland	115	9	167	49 923	38 551	...
Ostholstein	130	8	175	50 983	41 055	...
Pinneberg	147	1	218	67 675	58 397	...
Plön	80	5	131	34 447	27 324	...
Rendsburg-Eckernförde	155	9	220	66 249	52 177	...
Schleswig	55	7	88	30 870	23 625	...
Segeberg	128	8	190	56 779	46 243	...
Steinburg	91	2	129	38 496	30 362	...
Stormarn	120	7	160	47 834	40 745	...
Schleswig-Holstein	1 642	77	2 313	720 864	594 814	...

- 1) Neue Kreiszahlen können z. Z. nicht veröffentlicht werden, da die Ergebnisse der Volkszählung 1970 noch nicht vorliegen  
2) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne Bauindustrie und ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke  
3) ohne Umsatz in Handelsware, ohne Erlöse aus Nebengeschäften und ohne Umsatzsteuer  
4) einschließlich der innerhalb von 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen  
5) einschließlich Kombinationskraftwagen

Anmerkung: Eine ausführliche Tabelle mit 102 Kreiszahlen, die von allen Statistischen Landesämtern gebracht werden, erscheint in Heft 5 u. 11

# Zahlen für die Bundesländer

Land	Bevölkerung am 26. Mai 1971			Offene Stellen am 31.5. 1971 in 1 000	Beschäftigte ausländische Arbeitnehmer am 31.3. 1971 in 1 000	Kuhmilcherzeugung im Mai 1971			*Viehbestände		
	in 1 000	Veränderung gegenüber				1 000 t	darunter an Meiereien und Händler geliefert in %	kg je Kuh und Tag	Schweine insgesamt am 3.3. 1971	Rindvieh am 3.12.1970	
		VZ 1961	30.6. 1969							insgesamt	Milchkühe (einschl. Zugkühe)
		in %									
Schleswig-Holstein	2 567	+ 11	+ 0,2	26	28	244	93,3	16,0	1 704	1 407	496
Hamburg	1 812	- 1	- 0,1	28	59	2	92,1	13,1	19	18	5
Niedersachsen	7 125	+ 7	+ 0,2	68	123	503	91,8	16,0	5 872	2 778	1 025
Bremen	757	+ 7	+ 0,3	12	15	2	83,8	15,4	11	18	5
Nordrhein-Westfalen	17 207	+ 8	+ 0,2	209	584	330	94,4	14,6	4 286	1 901	735
Hessen	5 461	+ 13	+ 0,4	68	238	146	80,1	13,3	1 465	924	354
Rheinland-Pfalz	3 684	+ 8	+ 0,2	31	66	96	82,0	11,7	825	726	268
Baden-Württemberg	8 996	+ 16	+ 0,4	122	514	221	77,4	9,6	2 156	1 855	747
Bayern	10 644	+ 12	+ 0,4	124	325	613	81,5	10,3	4 489	4 323	1 929
Saarland	1 127	+ 5	-	7	24	11	81,0	12,8	75	74	29
Berlin (West)	2 130	- 3	- 0,0	25	69	0	23,6	14,5	.	2	1
Bundesgebiet	61 508	+ 9	+ 0,3	722	2 043	2 169	86,7	12,6	20 901	14 026	5 593

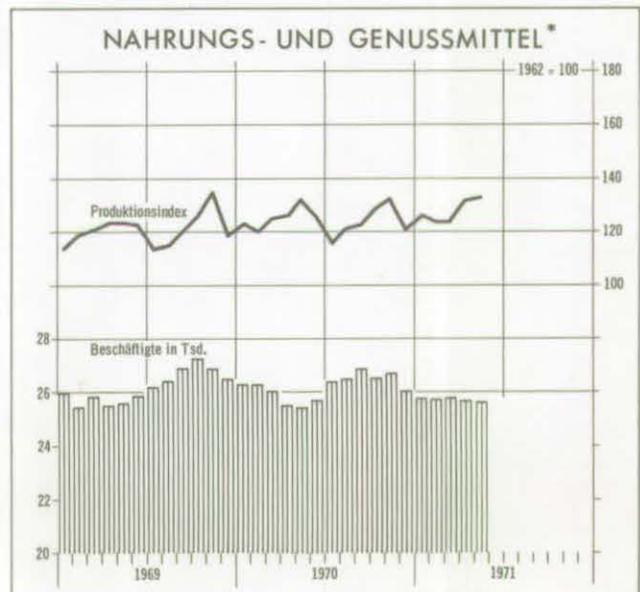
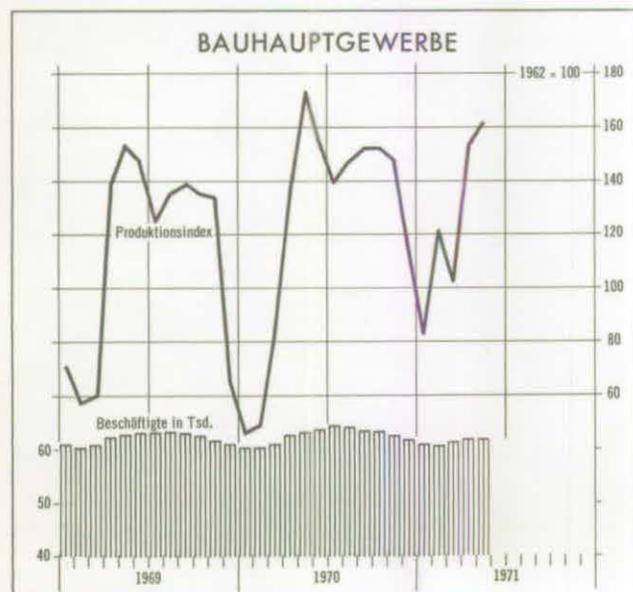
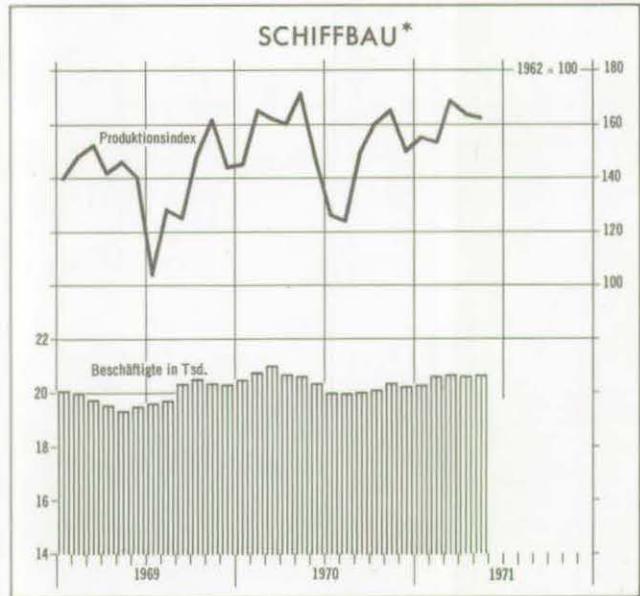
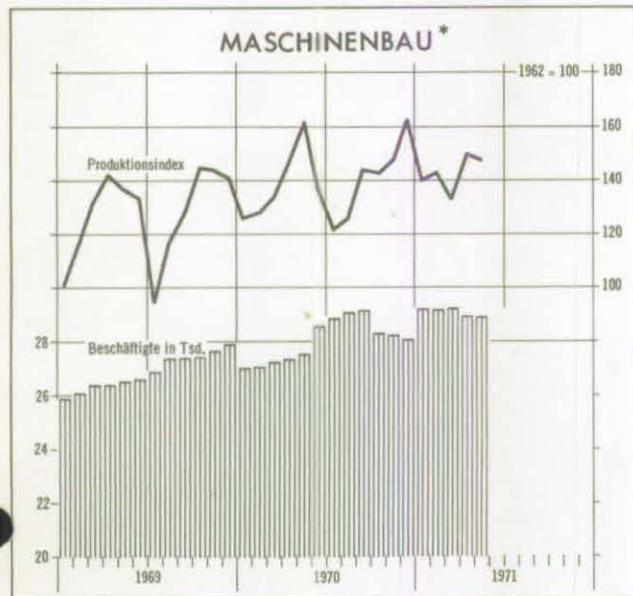
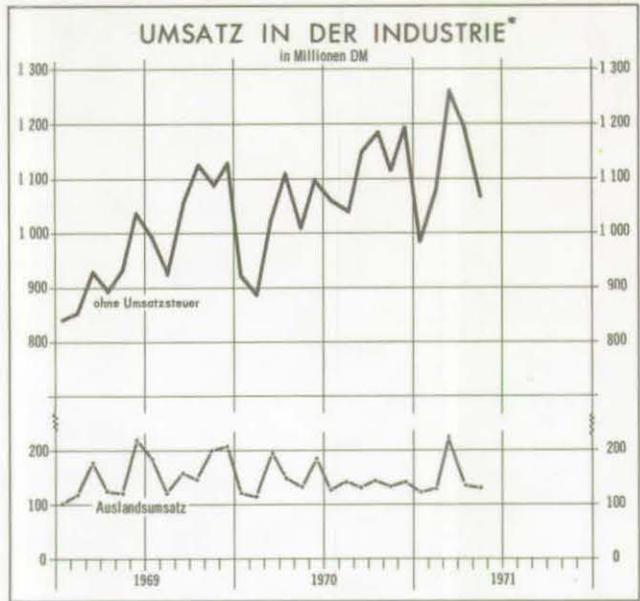
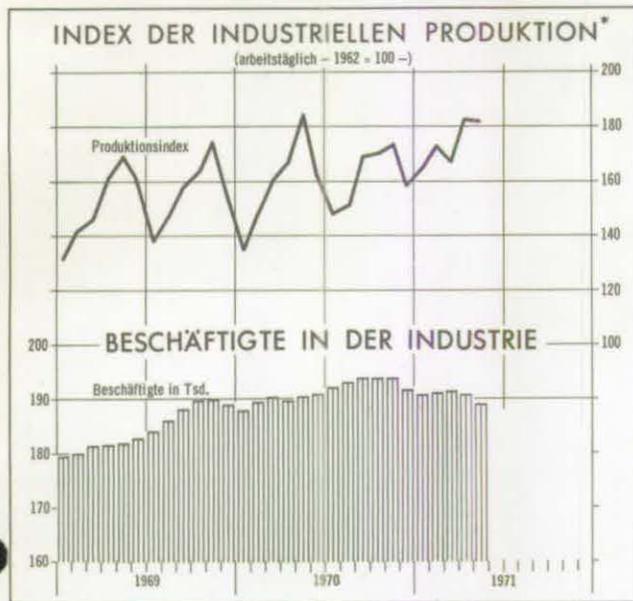
Land	Industrie <sup>1)</sup>					Bauhauptgewerbe		Wohnungswesen im Februar 1971			
	Beschäftigte am 28. Februar 1971		Umsatz <sup>2)</sup> im Februar 1971		Produktions- index <sup>3)</sup> 1962=100 im Februar 1971	Beschäftigte am 28. Februar 1971		zum Bau genehmigte Wohnungen		fertiggestellte Wohnungen	
	in 1 000	je 1 000 Ein- wohner	Mill. DM	Aus- lands- umsatz in %		in 1 000	je 1 000 Ein- wohner	Anzahl	je 10 000 Ein- wohner	Anzahl	je 10 000 Ein- wohner
Schleswig-Holstein	191	74	1 077	12	173	60	24	2 442	9,5	749	2,9
Hamburg	208	115	1 502	15	128	45	25	1 754	9,7	556	3,1
Niedersachsen	798	112	4 374	23	148	173	24	4 513	6,3	2 109	3,0
Bremen	103	135	652	12	...	22	29	405	5,4	210	2,8
Nordrhein-Westfalen	2 700	157	14 452	19	146	381	22	11 355	6,6	4 472	2,6
Hessen	755	138	3 366	23	161	134	24	4 057	7,4	1 046	1,9
Rheinland-Pfalz	407	110	2 298	23	214	85	23	2 320	6,3	815	2,2
Baden-Württemberg	1 599	178	7 237	21	163	213	24	7 558	8,4	2 716	3,0
Bayern	1 389	131	5 990	19	161	265	25	9 719	9,1	2 851	2,7
Saarland	171	151	663	32	144	22	19	273	2,4	179	1,6
Berlin (West)	259	122	1 217	9	148	46	22	612	2,9	965	4,5
Bundesgebiet	8 580	139	42 827	20	156	1 446	24	45 008	7,3	16 668	2,7

Land	*Kfz-Bestand <sup>4)</sup> am 1. Januar 1971			Straßenverkehrsunfälle <sup>6)</sup> mit Personenschaden im April 1971				Bestand an Spar- einlagen <sup>7)</sup> am 30.4. 1971 in DM je Einwohner	Steueraufkommen im 1. Vierteljahr 1971		
	ins- gesamt	Pkw <sup>5)</sup>		Unfälle	Getötete	Verletzte	Verun- glückte je 100 Unfälle		Landes- 8)	Bundes- 8)	Gemeinde- 8)
		Anzahl	je 1 000 Ein- wohner								
	in 1 000										
Schleswig-Holstein	721	595	...	1 222	66	1 643	140	2 324	190	247	...
Hamburg	490	443	...	983	28	1 267	132	4 407	335	1 476	...
Niedersachsen	2 024	1 653	...	3 268	178	4 764	151	2 877	189	215	...
Bremen	192	171	...	341	9	404	121	3 289	259	897	...
Nordrhein-Westfalen	4 429	3 883	...	7 810	327	10 701	141	3 330	225	345	...
Hessen	1 621	1 371	...	2 851	117	4 138	149	3 636	226	334	...
Rheinland-Pfalz	1 062	852	...	1 639	80	2 444	154	2 948	187	242	...
Baden-Württemberg	2 660	2 199	...	3 855	174	5 544	148	3 479	235	354	...
Bayern	3 225	2 510	...	4 875	266	6 999	149	3 461	198	259	...
Saarland	278	241	...	533	21	794	153	2 723	189	239	...
Berlin (West)	475	429	...	1 101	32	1 379	128	2 671	172	472	...
Bundesgebiet	17 243 <sup>a</sup>	14 376 <sup>a</sup>	...	28 478	1 298	40 077	145	3 282	215	348	...

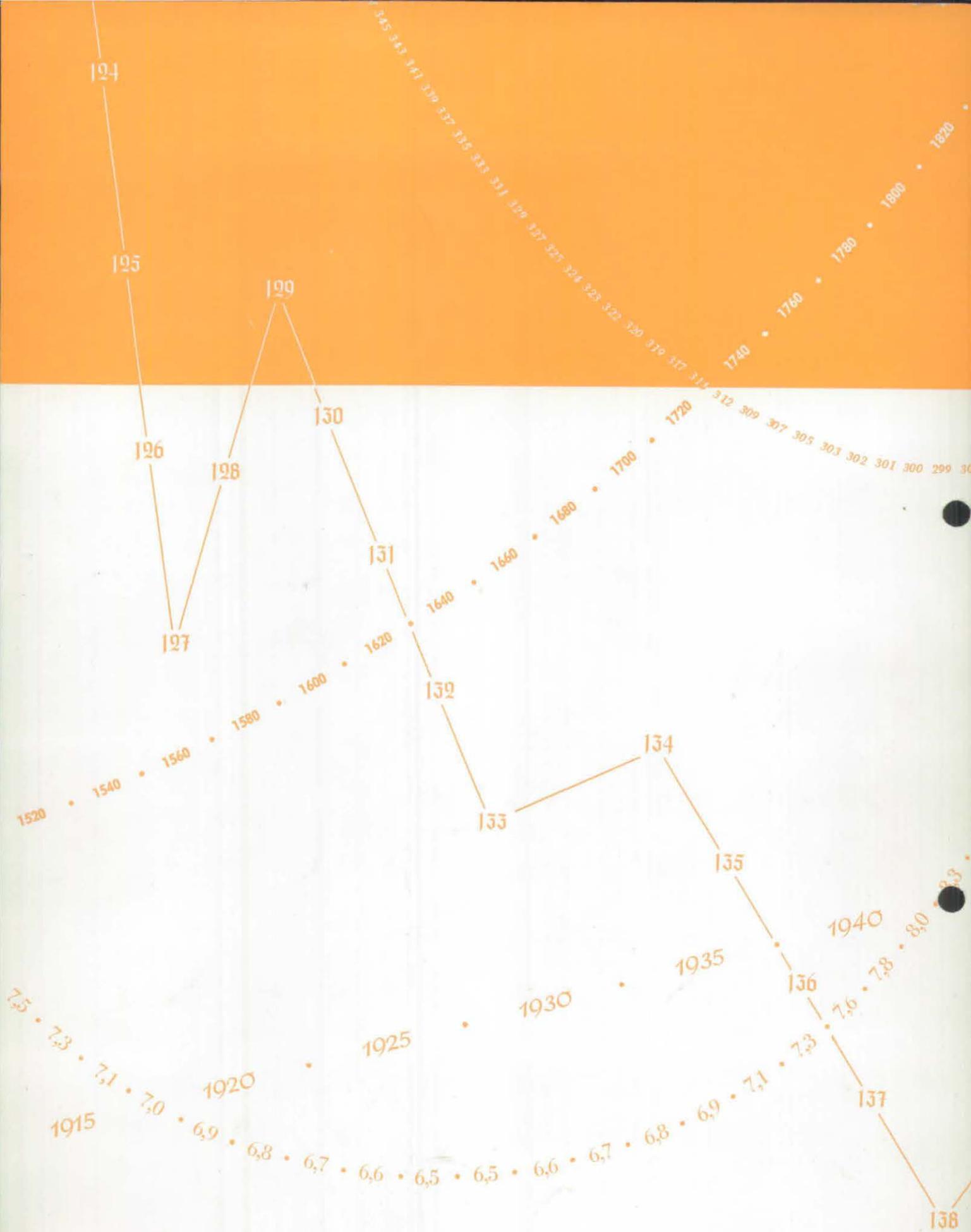
\* An dieser Stelle erscheinen abwechselnd Angaben über Viehbestände, Getreide- und Kartoffelernte, Kfz-Bestand und Bruttoinlandsprodukt  
 1) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne Bauindustrie und ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke  
 2) ohne Umsatz in Handelsware, ohne Erlöse aus Nebengeschäften und ohne Umsatzsteuer  
 3) von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt  
 4) ohne Bundespost und Bundesbahn  
 5) einschließlich Kombinationskraftwagen  
 6) Schleswig-Holstein endgültige, übrige Länder vorläufige Zahlen  
 7) ohne Postspareinlagen  
 8) Gemeinschaftssteuern jeweils anteilig enthalten  
 a) einschließlich Bundespost und Bundesbahn: 66 261 Kfz und 28 529 Pkw

# SCHLESWIG - HOLSTEINISCHE WIRTSCHAFTSKURVEN · B

Die "Wirtschaftskurven" A und B erscheinen im monatlichen Wechsel mit unterschiedlichem Inhalt. Teil A enthält folgende Darstellungen: Bevölkerung (Bevölkerungsstand, Geburtenüberschuß, Wanderungsgewinn bzw. -verlust, Zuzüge, Fortzüge, Geborene und Gestorbene); Arbeiterverdienste; Preisindex für die Lebenshaltung im Bund; Steueraufkommen; Kreditvolumen.



\*] Industriebetriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten



Herausgeber: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein, 23 Kiel 1, Postfach; Mühlenweg 166; Fernruf (04 31) 4 07 11  
 Schriftleitung: Arnold Heinemann unter ständiger Mitarbeit von Lieselotte Korscheya  
 Druck: Schmidt & Klaunig, Kiel, Ringstraße 19/21  
 Bezugspreis: Einzelheft 2,50 DM, Jahresbezug 25,— DM

— Nachdruck, auch auszugsweise, ist gern gestattet, wenn die Quelle genannt wird —  
 Postbezugspreis entfällt, da nur Verlagsstücke; Bezugsgebühr wird vom Verlag eingezogen